

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,60 Pf. im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 Pf. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandabonnemente 6.— M. per Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Fein“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Komparativliste 80 Pfennig, Reklameteile 6.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitag- und Samstag-Blattes (jeweils zwei Seiten) 10 Pfennig, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentlich von 8/ bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 192—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87656. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Programmdebatte im Unterhaus.

Baldwins gemäßigte Oppositionsrede.

London, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Das Parlament, das sich dem Herkommen gemäß nach Verlesung der Thronrede vertagt hatte, trat am Nachmittag zur Debatte des Regierungsprogramms (Adressdebatte) wieder zusammen. Der erste Tag besitz nach der britischen parlamentarischen Tradition den Charakter eines feierlichen Aktes. Er wurde jedoch angesichts der Vielfältigkeit der in der Thronrede aufgerollten Fragen zum Anlaß einer politischen Aussprache, in deren Verlauf

Ramsay MacDonald eine groß angelegte Rede

in Erläuterung der Thronrede hielt. Daß die Arbeiterpartei einschließen war, den politischen Charakter dieser Aussprache von vornherein klarzulegen, ging aus der Tatsache hervor, daß die beiden Abgeordneten der Regierungspartei, welche die Annahme der Thronrede dem Parlament zu empfehlen hatten, auf die bei dieser Gelegenheit herkömmliche Hoftracht — das ist Frack und Kniehose — verzichteten und damit mit einer alten Tradition brachen. Der Labour-Abgeordnete Snell, dem die Aufgabe zugefallen war, als erster Redner dem neuen Parlament die Annahme der Thronrede zu unterbreiten, begrüßte die Aussicht auf eine baldige Räumung des Rheinlandes und versicherte, daß alle von der Arbeiterpartei geplanten „guten Dinge“ im gegenwärtigen Regierungsprogramm enthalten seien. Über die Räumungsfrage erklärte Snell wörtlich: „Zu großer Genugtuung gereicht es uns, daß sich die Möglichkeit zeigt, die englischen Truppen im Rheinland zurückzuführen und einem Volk, mit dem wir seit mehr als zehn Jahren im Frieden leben, das heißgeliebte Land zurückzugeben, das mit so vielen glanzvollen und romantischen Erinnerungen der deutschen Geschichte verknüpft ist. Wenn dieses Ideal in Erfüllung gehen würde, so würde das in England wohl mit fast derselben Zufriedenheit begrüßt werden, wie in Deutschland.“ Diese Worte Snells lösten allgemeine Zustimmung im Hause aus, besonders beim Staatssekretär des Innern Henderson, der nachdrücklich mit dem Kopfe nickte und „Hört, hört“ rief.

Der zweite Redner der Arbeiterpartei, Wilson, begrüßte insbesondere die geplante Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen sowie die in der Thronrede angekündigte Reorganisation des britischen Kohlenbergbaues. Wie bei dieser Gelegenheit üblich, begann der Führer der Opposition, der bisherige konservative Ministerpräsident

Baldwin

seine Rede mit einem Glückwunsch an die beiden Vorredner. Baldwin erkundigte sich hierauf im weiteren Verlauf seiner Rede, ob die Empfehlungen der Pariser Expertenkonferenz dem Parlament unterbreitet würden, ehe sie zur endgültigen Annahme kämen. Im Hinblick auf die geplante Unterzeichnung der fakultativen Klausel des Ständigen Gerichtshofes im Haag stellte Baldwin die Frage, ob diese Klausel mit oder ohne Vorbehalten unterzeichnet werden sollte. Baldwin betonte dann, daß ein Besuch MacDonalds in Washington in jeder Beziehung einen wichtigen Schritt darstellen würde. Beide Länder hätten darunter zu leiden, daß kein persönlicher Kontakt zwischen den Staatsmännern der englischen und der amerikanischen Nation ausreicht erhalten würde. Baldwin schloß mit dem für englische Verhältnisse bezeichnenden Satz: Er wünsche der Arbeiterregierung keine von parteipolitischen Geistes getragene Opposition entgegenzusetzen. Das Land müsse regiert werden, es werde sich jedoch ein gewisses Maß

von Selbstbeherrschung auf beiden Seiten nötig machen.

Abschließend sprach Ministerpräsident

Macdonald.

der in seiner Rede eingangs betonte, parlamentarisch gesprochen sei der Unterschied zwischen seiner Regierung und der vorausgegangenen Regierung Baldwin der, daß Baldwin zwar eine Minderheit der Stimmen, aber eine Mehrheit im Parlament besessen habe, während seine Regierung außer der Minderheit der Stimmen auch eine Minderheit im Parlament darstelle. Macdonald ging dann auf eine grundsätzliche Frage ein, deren Aufrollung, wie er meinte, notwendigerweise durch die schwierige parlamentarische Lage seiner Regierung bedingt sei. Man müsse sich fragen, inwieweit es ohne Aufgabe der Parteigrundsätze möglich sein könne, sich im Parlament

mehr als ein Staatsrat und weniger als Armeen zu fühlen.

die sich zur gegenseitigen Bekämpfung gegenüberständen. Macdonald betonte, daß seine Regierung zwei große Fragen zu lösen habe: die Arbeitslosigkeit und das Problem des Friedens. Was die Erwerbslosigkeit anbelange, so sei zu ihrer Ueberwindung eine Politik nötig, die die Wirtschaft fördere, den Lebensstandard der großen Massen erhöhe und Vertrauen darin schaffe, daß nach allen Seiten Gerechtigkeit gewährt werden würde. Was die Frage des Friedens betreffe, so sei nur die Besserung der amerikanisch-englischen Verhältnisse die grundlegende Voraussetzung. Die Regierung sei entschlossen, den Kellogg-Pakt zu einer lebendigen und entscheidenden Macht der internationalen Politik zu machen.

In bezug auf die Reparationsfrage bemerkte Macdonald, daß der Expertenbericht von der Regierung zurzeit auf das sorgfältigste geprüft werde. Die Reparationskonferenz müsse bald abgehalten werden, und seine Regierung habe London als Tagungsort vorgeschlagen. Macdonald betonte, daß der Dawes-Plan mit der Veröffentlichung des Pariser Expertenberichts nicht mehr viel länger in Kraft bleiben könne und eine neue Vereinbarung zustande kommen müsse. Hierauf stellte Macdonald mit großem Nachdruck, und sichtlich gegen Frankreich und Italien gewendet, die große Generosität der britischen Regierung gegen seine Alliierten und die genaue Erfüllung ihrer Pflichten fest. Großbritannien seien Lasten auferlegt, welche nach dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und im Verhältnis zu seiner Zahlungsfähigkeit ihm niemals hätten auferlegt werden dürfen. Damit diese Bemerkung jedoch über den Kanal hinaus nicht mißverstanden würde, betonte Macdonald, daß Großbritannien keine der eingegangenen Verpflichtungen rückgängig zu machen gedenke.

Nachdem Macdonald dann noch einen Ueberblick über die geplanten innerpolitischen Arbeiten gegeben hatte, betonte er, das Land habe auf eine überwältigende Weise durch die Wahlen seiner Gegnerschaft gegen die Industrie-Schutzpolitik Ausdruck verliehen. Die Regierung werde unter seinen Umständen die Industrieschutzgesetzgebung erneuern, falls sie bis zu ihrem natürlichen Ablauf (insgesamt fünf Jahre) in Kraft bleiben sollten. Die Regierung behalte sich jedoch das Recht vor, die Industrieschutzgesetzgebung zu einem früheren Zeitpunkt zu befeitigen.

Aus den abschließenden Bemerkungen Macdonalds über die Frage der Wahlrechtsreform schien hervorzugehen, daß die Regierung im wesentlichen eine Befestigung der undemokratischen Nebenerwerbungen des gegenwärtigen Wahlrechts und weniger eine Reform des britischen Wahlsystems an Haupt und Gliedern plane. Macdonald schloß seine Rede, die auch auf die Opposition sichtlich stärksten Eindruck machte, unter lebhaften Beifallstundgebungen seiner Partei.

Holland wählt heute.

Abrüstung die Hauptparole.

Von Abg. J. W. Albarda (Den Haag).

Am 3. Juli finden in Holland die Neuwahlen für die Zweite Kammer der Generalstaaten statt. Die Zweite Kammer besteht aus 100 Mitgliedsen, welche direkt und mittels geheimer Abstimmung von den wahlberechtigten Männern und Frauen gewählt werden. Seit 1917 besteht in Holland das allgemeine Wahlrecht für Männer; seit 1919 auch das allgemeine für Frauen. Die Wähler müssen das Alter von 25 Jahren erreicht haben. Das Wahlsystem ist proportional.

Bekanntlich bestehen in Holland nebeneinander eine große Zahl politischer Parteien, von denen mehrere auf konfessioneller Grundlage fußen. Es gibt nicht nur eine katholische Staatspartei, sondern auch zwei politische Parteien von Protestanten, nämlich die „Christlich-historische Partei“ und die „Anti-revolutionäre Partei“, die beide sehr konservativ sind. Außerdem bestehen noch zwei Splitterparteien auf konfessioneller Basis, welche im Parlament vertreten sind, und auch die kleine demokratische „Katholische Volkspartei“ hat einen Abgeordneten im Parlament. Neben einer liberalen Partei haben wir eine Partei des demokratischen Freisinn, welche sich in den Jahren des Wahlrechtskampfes von den Liberalen abgetrennt hat. Weiter gibt es eine kleine Bauernpartei, welche als ein mißlungener Versuch zur Bildung einer großen agrarischen Volkspartei zu betrachten ist.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) besteht seit 1894; sie ist seit 1897 im Parlament vertreten; von 1897 bis 1925 war Troelstra ihr politischer Führer. Von den Kommunisten, die auch in Holland gespalten sind, hat nur die offizielle Moskauer Partei einen Vertreter in der Kammer. Eine Unmenge anderer kleiner Parteien bewerben sich jedesmal um Siege im Parlament, ohne einen zu erlangen.

Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts war in Holland die Regierung abwechselnd in den Händen der Liberalen und der christlichen Parteien. Diese, die katholische Staatspartei, die Christlich-historische und die Antirevolutionäre Partei bildeten zusammen die sogenannte christliche Koalition. Seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts kann von einer liberalen Regierung nicht mehr die Rede sein. Die Liberalen, welche vollständig konservativ geworden sind, verfügen jetzt im Parlament nur noch über 9 Sitze! Aber auch die „christliche Koalition“ kann nicht mehr auf parlamentarischer Grundlage regieren. Obwohl die drei christlichen Parteien 1922 noch 59 Abgeordnete hatten, brach ihre Mehrheit schon 1923 zufolge ihrer inneren Uneinigkeit zusammen. Im Jahre 1925 wurde aufs neue versucht, eine christliche Koalitionsregierung zu bilden. Diese scheiterte aber schon im November desselben Jahres.

Holland hat also schon verschiedene Male außerparlamentarische Regierungen gehabt, die sich nicht auf eine Mehrheit im Parlament stützen konnten. Die Notwendigkeit einer neuen Parteigruppierung wird von sehr vielen anerkannt. Trotzdem sind bisher alle Versuche, eine neue demokratische Mehrheit zu bilden, mißlungen. Die SDAP hat sich schon auf ihrem Kongreß von 1918 im Prinzip bereit erklärt, sich an einer demokratischen Regierung zu beteiligen, jedoch unter der Bedingung, daß ein Einvernehmen über ein Programm zustandekomme, das gewisse ihrer wichtigsten Forderungen genügend berücksichtigt. Im November 1925, als die christliche Regierung unmöglich geworden war, ist während der Kabinettskrise der Führer des demokratischen Freisinn von der Königin beauftragt worden, ein Kabinett zu bilden. Er wandte sich an die SDAP, und an die große katholische Partei. Letztere verweigerte aber ihre Mitarbeit. Die konservativen und reaktionären Elemente in der katholischen Partei hatten die katholischen Arbeiter und Demokraten völlig in ihrer Hand.

Die Sozialdemokratie hat 1925 ihre Parlamentsfraktion auf 24 Mitglieder — davon zwei weibliche Abgeordnete — verstärkt. Sie ist die zweitstärkste Fraktion im Parlament; nur die katholische Partei, mit 31 Abgeordneten übertrifft sie noch. Der Mißbrauch der religiösen Losungen im politischen Kampf bewirkt eine Trennung zwischen den Arbeitern, von denen Hunderttausende noch immer in der Meinung gefangen gehalten werden, der politische Kampf sei ein Kampf um religiöse Interessen. Deswegen ist es in Holland für die Sozialdemokratie ungemein schwer, die Arbeiterklasse in einer einzigen Bewegung zu vereinigen. Dennoch gewinnt sie allmählich größeren Anhang unter den kirchlichen Arbeitern, besonders bei den katholischen Arbeitern in den südlichen Provinzen des Landes.

Die wichtigsten Forderungen, für deren Erfüllung die Sozialdemokratie in Holland kämpft, sind die Abrüstung und die Altersversorgung (Staatspensionierung). 1921 hat unsere Partei, nach langer und ernster Vorbereitung

Die Sünde wider das Hafenkreuz.

Hitler will mit den Roten regieren.

Dresden, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete v. Wüke hat im Auftrage der Reichsleitung der Nationalsozialisten sowohl an die sozialdemokratische als auch an die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem gefragt wird, unter welchen Bedingungen beide Parteien bereit seien, eine Regierung zu bilden, die gewisse Wünsche der Nationalsozialisten erfülle und demgemäß die Unterführung der Nationalsozialisten erhalten würde.

Die Anfrage erfolgte mit Kenntnis der nationalsozialistischen Fraktion des Sächsischen Landtages, die erst vor einigen Tagen den volksparteilichen Minister Dr. Büniger zum Ministerpräsidenten wählen half!

Und Büniger hofft noch.

Dresden, 2. Juli. (WB.)

Wie zuverlässig verlautet, kann das neue Kabinett des Ministerpräsidenten Dr. Büniger nunmehr als so gut wie vollständig betrachtet werden. Dr. Büniger wird sein Kabinett am Donnerstag dem Landtag vorstellen und eine Regierungserklärung abgeben. Wie weiter verlautet, handelt es sich bei dem Kabinett Büniger um ein Kabinett von Fachleuten, in das auch einige der bisherigen Minister, die als Fachleute anzusprechen sind, wieder eintreten werden.

Die parlamentarische Situation ist nun so: wenn Herr Büniger im Landtag keine Mehrheit oder ein Mißtrauensvotum erhält, bleibt sein Kabinett bis zur Neuwahl eines Ministerpräsidenten als geschäftsführendes Ministerium im Amte.

in Parteidiskussionen und Kommissionsberatungen bekräftigt (nur eine Stimme erhob sich im Parteitag gegen) die nationale Abrüstung als Programmforderung angenommen. Die Partei ist vollständig überzeugt, daß es für ein kleines Land unmöglich ist, sich in einem Krieg mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Die Militärausgaben, welche ungefähr 100 Millionen Gulden pro Jahr betragen, sind nutzlos verschwendet. Die Bewegung für die nationale Abrüstung, welche 1921 begonnen, hat im niederländischen Volke großen Anklang gefunden, so daß bereits zwei andere Parteien im Parlament — der demokratische Freisinn und die kleine katholische Volkspartei — die Abrüstungsforderung in ihr Programm übernommen haben.

1925 hat die sozialdemokratische Fraktion dem holländischen Parlament den Entwurf einer Gesetzesvorlage für die Abrüstung vorgelegt. Der Vorschlag will dem Heere und der Flotte den Charakter von Kriegsinstrumenten nehmen. Armee und Flotte sollen eingeschränkt werden bis auf eine Sicherheitswache (Sicherheitswehr) zu Lande und zur See, zusammen nicht mehr als 3200 Mann pro Jahresklasse umfassend, und im Ganzen aus nur zehn Jahresklassen zusammengesetzt. Die Bildung anderer bewaffneter Korps als der gesetzlich eingesetzten, würde untersagt sein. Der Vorschlag wurde im März 1927 von der Zweiten Kammer abgelehnt. Ein Drittel der Abgeordneten erklärte sich dafür, zwei Drittel dagegen. Dieses Verhältnis stimmt mit der Abstimmung bei den Wahlen von 1925 überein, als von drei Millionen Wählern ein Drittel — eine Million — ihre Stimmen jenen Kandidaten gaben, die sich zugunsten der nationalen Abrüstung ausgesprochen hatten. Auch im jetzigen Wahlkampf wird der Streit über die Abrüstung von beiden Seiten mit großer Schärfe geführt.

Selbstverständlich spielen in der holländischen Politik auch die kolonialen Fragen eine große Rolle. Die SDAP widmet den kolonialen Problemen großes Interesse. Im „Volksraad“ in Niederländisch-Indien hat sie zwei Vertreter. Unsere Fraktion im holländischen Parlament hat als Spezialisten für Kolonialfragen ein ehemaliges Mitglied des Volksraad, den Genossen Cramer, in ihrer Mitte. Die SDAP unterstützt von ganzem Herzen die Freiheitsbestrebungen der Bevölkerung Indiens, deren Recht auf Unabhängigkeit sie anerkennt; sie wünscht der nationalen Bewegung des indischen Volkes freie Bahn zu schaffen; sie erstrebt die Beteiligung des Volkes an Verwaltung und Regierung Indiens; sie will den Uebergang zur Unabhängigkeit Indiens soweit beschleunigen, als dies mit den wirklichen Interessen der indischen Bevölkerung selber in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Zusammensetzung der Zweiten Kammer, die am 3. Juli erneuert wird, war folgende:

Sozialdemokraten	24 Mitglieder
Kommunisten	1
Freisinnige Demokraten	7
Liberale	9
Bauernpartei	1
Katholische Staatspartei	31
Katholische Volkspartei	1
Christlich-historische Partei	11
Antirevolutionäre Partei	13
2 andere christliche Parteien	2
100 Mitglieder	

Die SDAP führt den Wahlkampf mit großer Energie und großem Idealismus, während die anderen Parteien im allgemeinen eine gewisse Mutlosigkeit zeigen. Bestände in Holland nicht die gesetzliche Wahlpflicht, dann würde ohne Zweifel im Wahlerfolg der sozialistische Enthusiasmus sehr stark zum Ausdruck kommen. Die niederländischen Sozialdemokraten hegen aber trotz Wahlpflicht die Hoffnung, einen Erfolg zu erreichen, der den Beweis liefert, daß auch in Holland sich die Sozialdemokratische Partei ihrem erhabenen Ziele nähert.

Fadenzug am Vorabend.

Amsterdam, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Am Vorabend der Kammerwahl veranstaltete die Amsterdamer Sozialdemokratie einen Fadenzug durch die Stadt, an dem trotz regnerischem und kühlem Wetter 10 000 Personen teilnahmen. Laufende Menschen standen in den Straßen, die der Zug passierte. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Geistige Waffen der Arbeiterfeinde.

Amsterdam, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Als Urheber aller faschistischen Anschläge gegen die Gebäude der niederländischen Sozialdemokratie seit April d. J. wurde der Redakteur Sinclair de Rochemont des Wochenblattes „Der Besen“ festgestellt. Er hat gestanden, auch den Anschlag auf das Gebäude der Vereinigung der Arbeiter-Radioamateure in Hilversum am 30. April mit vorbereitet zu haben. Der erste Anschlag wurde am 27. April in einem Uredichter Café vereinbart. Mehrere „prominente“ Faschisten nahmen an der Besprechung teil.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Zusammentritt des Sachverständigenausschusses zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung.

Im Reichsarbeitsministerium trat gestern unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsarbeitsministers Wiffell erstmalig der Sachverständigenausschuß zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung zusammen. Der Minister begrüßte die Erschienenen und legte in großen Zügen die Aufgaben des Ausschusses dar. Darauf behandelte Ministerialdirektor Dr. Weigert in ausführlichem Vortrag die einzelnen Probleme, mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen haben wird. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen in strengster Vertraulichkeit zu führen. Zur Vorbereitung des Arbeitsplans wurde ein Ausschuß von fünf Mitgliedern gebildet.

Auffindung von Granaten. Die Polizei in Beuthen nahm auf eine Anzeige hin auf einem von einer Baufirma gepachteten Lagerplatz eine Durchsuchung vor und entdeckte dabei etwa 20 scharfe Granaten größeren Kalibers. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Das neue japanische Kabinett ist nunmehr gebildet und zwar mit Hamaguchi als Ministerpräsident, Baron Shidehara als Minister des Auswärtigen und Renjo Itatschi als Minister des Innern.

Otto Braun und die Volkspartei.

Die Bedeutung des Staatsvertrages im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags ergriff während der Beratung des Staatsvertrages mit der Kurie der preussische Ministerpräsident Dr. Braun das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführte:

Der Abg. Stendel hat, wie mir berichtet wird, gestern ausgeführt: Soll ich Herrn Braun an seine Aeußerung erinnern, er betäme in seiner Fraktion kaum ein katholisches Kontordat fertig, wie solle er da ein evangelisches durchbringen? Demgegenüber stelle ich fest:

Es ist unrichtig, daß das meine Worte gewesen sind. Herr Abg. Dr. Stendel kann nur eine auf seinen Wunsch herbeigeführte Unterredung meinen. Diese Unterredung aber, zu der Herr Stendel im Auftrag seiner Fraktion erschien, hatte nicht das Kontordat, sondern lediglich die Frage der Großen Koalition zum Gegenstand. Mir ist selbstverständlich nicht jede Einzelheit der Unterredung mehr erinnerlich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich, nachdem Herr Stendel dieses Thema angechnitten hatte, auch einige Sätze über das Kontordat gesprochen habe. In diesem Falle aber werde ich ihm nichts anderes gesagt haben als das, was ich in dieser Zeit auch einigen anderen Politikern im vertraulichen Gespräch gesagt habe, nämlich etwa folgendes:

„Die Verhandlungen mit der katholischen Kirche stehen nach langjährigen Bemühungen nunmehr endlich vor dem Abschluß. Es handelt sich jetzt ausschließlich darum, erst einmal den Staatsvertrag im Parlament zu verabschieden. Es wird mir schon schwer fallen, meine Partei bei ihrer programmatischen Stellung zu Kirchenfragen dazu bestimmen zu können, sich den staatspolitischen Notwendigkeiten, die für den Abschluß des Staatsvertrages mit der Kirche sprechen, zu fügen. Es würde mir all das aber außerordentlich erschwert werden, wenn mir jetzt erst einmal noch Verhandlungen mit der evangelischen Kirche beginnen und die Verpflichtung auf sich nehmen würden, Verträge mit den beiden Kirchen nur gleichzeitig zu verabschieden.“

Der Ministerpräsident fügte hinzu: Es war bisher unter anständigen Politikern nicht Brauch, einzelne aus vertraulichen Gesprächen herausgerissene Teile in einer für die Agitation bestimmten Weise in öffentlicher Parlamentsdebatte zu benutzen.

Ich muß es nach diesem Vorfall ablehnen, mit Herrn Abg. Stendel in Zukunft Verhandlungen zu führen.

Sollte es sich aus staatspolitischen Gründen aber nicht vermeiden lassen, so werde ich einen Stenographen hinzuziehen.

Im Anschluß an diese Ausführungen betonte der Ministerpräsident zur Beilegung jeder Unklarheit noch einmal ausdrücklich, daß es die Auffassung des Gesamtkabinetts sei, daß sofort nach Verabschiedung des Staatsvertrages mit der römischen Kirche die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen begonnen werden sollen, um eine gleichwertige Behandlung mit der katholischen Kirche zu gewährleisten.

Auf eine Entgegnung des Abg. Stendel (DVP), daß er sich für berechtigt gehalten habe, das Gespräch sogleich seiner Fraktion mitzuteilen, erklärte der Ministerpräsident noch einmal, daß er seinen ersten Ausführungen nichts hinzuzufügen habe. Das damalige offizielle Gespräch habe nur der Koalitionsfrage und nicht dem Kontordat gegolten, und es sei selbstverständlich, daß, wenn er schon über den Rahmen des Gesprächs hinaus eine Anfrage Stendels über die Kontordatsfrage beantwortet habe,

diese Bemerkung ausgeprochen vertraulichen Charakter getragen habe.

Die in schärfster Opposition zur Staatsregierung stehenden deutsch-nationalen Abgeordneten hätten in ähnlicher Situation die Natur vertraulicher Gespräche anders verstanden.

Die Abg. Koch-Dennhausen (Dn.) und Dr. Kriege (DVP) begründeten hierauf die ablehnende Haltung ihrer Fraktionen gegenüber dem Kontordat.

Abg. Stendel (DVP) erklärte noch zu den gegen ihn persönlich gerichteten Ausführungen des Ministerpräsidenten: Bei der vom Ministerpräsidenten erwähnten Besprechung handelte es sich zwar um die Regierungserweiterung, aber auch um das Kontordat.

Beschlüsse des Reichsrats.

Berufsausbildungsgesetz angenommen.

Der Reichsrat nahm in seiner Vollsitzung am Dienstag eine ganze Reihe der vom Reichstag zuletzt angenommenen Gesetzesentwürfe insbesondere über das Agrarprogramm, zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben.

Ein bayerischer Antrag, das Sperrgesetz für die Standesherrenrenten als verfassungsändernd und darum als nicht gesetzlich beschloffen zu bezeichnen, wurde mit 45 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die Novelle zur Iex Brünung und die damit im Zusammenhang stehende Vorlage über Leistungen der Invalidenversicherung wurde noch zurückgestellt.

Angenommen wurde das Berufsausbildungsgesetz, das, wie der Referent hervorhob, schon seit langer Zeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefordert worden ist. Das Gesetz wird mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen befürwortet.

Verfassungstag 1929.

Anordnungen der Preussenregierung.

Die preussische Staatsregierung hat zur Feier des Verfassungstages am 11. August 1929 eine Reihe von Anordnungen getroffen. Sie verweist besonders auf die Flaggenverordnung vom 29. Juni 1929. Die Gebäude der öffentlichen Schulen sind auch an dem Tage zu beflaggen, an dem die Verfassungsfeier in der Schule veranfaßt wird.

Zu den Feiern sind Vertreter aller Kreise der Bevölkerung hinzuzuziehen. Sämtliche Staatsbeamte, die staatlichen Angestellten und Lohnempfänger sowie die Vertretungen der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festtagen einzuladen. Es wird von den Staatsbeamten erwartet, daß sie sich an den Festtagen beteiligen.

Ferner wird empfohlen, außerhalb der amtlichen Verfassungsfelder durch Anlegung geeigneter Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst volkstümliche Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen.

Basilie will nichts von deutscher Einheit und Freiheit wissen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, zum zehnten Verfassungstag ein Gedenkbuch herauszugeben. Inzwischen hat sie den Länderregierungen angeboten, dieses Buch gegen den Preis von 1 Mark

Es hat sich bei der Erklärung des Ministerpräsidenten nicht um eine Aeußerung gehandelt, von der irgend jemand hätte annehmen können, daß sie vertraulich zu behandeln war.

Wir wollten die Stellungnahme des Leiters der preussischen Staatsregierung haben. Die war uns damit bekanntgegeben, und wir waren berechtigt, ganz besonders in der Öffentlichkeit davon Gebrauch zu machen. Im übrigen hat der Ministerpräsident mit dem Bruch von vertraulichen Verhandlungen, die er mir jetzt zu Unrecht vorwirft, angefangen, indem er aus einer Unterhaltung, die ich mit ihm führte, und die auf seinen Wunsch stattfand, vor etwa 14 Tagen Mitteilungen durch die Pressestelle herausgehen ließ, von denen er unter allen Umständen wissen mußte, daß sie vertraulich behandelt werden sollten. Er hat sie offensichtlich nur deshalb durch die Pressestelle verlaublich, um die Volkspartei in eine schwierige politische Lage hineinzubringen.

Wenn der Leiter der preussischen Staatsregierung zu der Frage der Parität eine so unachgiebige Haltung zum Ausdruck gebracht hat, so ist es selbstverständlich Pflicht eines Abgeordneten, von dieser unachgiebigen Haltung auch der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben, zumal, wenn jetzt der Versuch gemacht wird, in mehr oder weniger verbindlichen Erklärungen eine Sicherung der Parität für die Zukunft in Aussicht zu stellen.

Auf den Hinweis des Ministerpräsidenten, daß er in Zukunft mit mir nur noch im Beisein eines Stenographen verhandeln würde, habe ich nur die Bitte ausgesprochen, mir dann auch das Stenogramm zur Mitkorrektur vorzulegen.

Von den Deutschnationalen ist inzwischen der Antrag eingegangen, im Art. 2 des Gesetzes über den Vertrag mit dem Heiligen Stuhl einzufügen: „Dieses Gesetz tritt zugleich mit dem Gesetz zu dem Vertrage mit den evangelischen Landeskirchen in Kraft.“

Nachdem noch der Vertreter der Kommunisten die ablehnende Haltung seiner Fraktion begründet hatte, ging Kultusminister Dr. Becker auf die Einwendungen der Opposition ein.

Die Wirtschaftspartei ließ erklären, daß sie von der Forderung der Gleichzeitigkeit des Vertragsabschlusses mit der evangelischen und katholischen Kirche nur absehen könne, wenn sie eine sichere Garantie erhalte, daß der evangelischen Kirche eine vertraglich gleichwertige Sicherstellung gegeben werde. Die Deutsche Fraktion ließ erklären, daß sie nur dann für das Kontordat sei, wenn gleichzeitig der Vertrag mit der evangelischen Kirche kommt.

Finanzminister Dr. Höpker-Wieshoff bewies darauf unter Vorlegung von Zahlenmaterial, daß die evangelische Kirche ein Voraus gehabt habe. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Ansturm gegen die Preussenregierung.

Die Mißtrauensanträge der nationalen Demagogie.

Der Mißtrauensantrag, den die Deutschnationalen im Preussischen Landtag aus Anlaß der Vorkommission in Berlin bei den Kundgebungen am 28. Juni, dem Tage des Abschlusses des Versailler Vertrages, gegen das preussische Gesamtkabinett eingebracht haben, wird am kommenden Sonnabend im Plenum des Landtages zur Beratung kommen. Mit der Beratung verbunden werden die weiteren Anträge gegen den Innenminister und gegen den Kultusminister, die von der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion vorgelegt worden sind.

Außerdem liegen von denselben Parteien Mißtrauensanträge gegen den Innenminister wegen seiner Frankfurter Rede vor.

Ferner hat die Deutsche Volkspartei zu beiden Punkten große Anfragen eingebracht. Die sämtlichen Anträge sollen in einer gemeinsamen Aussprache zur Besprechung gelangen.

Am Freitag der laufenden Woche wird der Sonntag seine Plenarsitzung aufnehmen. Inzwischen sollen die Ausschußberatungen zum Kontordat und zur zweiten Lesung des weissen Umgemeinungsgesetzes erledigt werden. Die Freitagssitzung ist für die zweite Lesung des Kontordats und des Polizeistrafengesetzes im Plenum angesetzt.

als Prämie in den Schulen zur Verteilung zu bringen. In dem Buch sollen Beiträge des Reichspräsidenten und führender Persönlichkeiten aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, sowie sonstiger bedeutender Vertreter des öffentlichen und geistigen Lebens enthalten sein. Die Schriftleitung liegt in den Händen des früheren württembergischen Abgeordneten Dr. Heuß. Der Titel des Buches heißt: „Deutsche Einheit, deutsche Freiheit.“

Der vom Reichsministerium des Innern an das württembergische Kultusministerium geleitete Antrag soll nach der Meldung eines Heilbronner Blattes vom Kultusminister Bazille glatt abgelehnt worden sein. Ein Grund hierfür ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Es ist jedoch wohl kaum zu bezweifeln, daß die persönliche Abneigung des Herrn Bazille gegen die Republik und die Weimarer Verfassung dabei erheblich mitgewirkt haben.

Befrahte Verleumder.

Kommunistische Taktik: Erst verleumden, dann verschleppen.

München, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Die Redakteure Rebe und Steinicke der „Roten Fahne“ in Berlin und der Redakteur der „Sozialistischen Republik“ in Köln, Dr. Kiepper, wurden am Dienstag wegen Verleumdung des Majors a. D. Wagr zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Berliner „Rote Fahne“ hatte vor einem Jahre in mehreren Artikeln insame Verdächtigungen gegen das Mitglied des Reichshanners, Major a. D. Wagr, erhoben, den sie der bezahlten Doppelpionage im Dienste der Franzosen bezichtigte und als Abenteurer, übelsten faschistischen Lockpfeil und blutigsten Terroristen bezeichnete. Wagr strengte sofort Klage gegen die verantwortlichen Redakteure Rebe und Steinicke sowie den verantwortlichen Schriftleiter Dr. Kiepper (Köln) an, der die Verdächtigungen in der „Sozialistischen Republik“ nachgedruckt hatte. Die drei Kommunisten hatten es immer wieder verstanden, den Termin hinauszuzögern.

In der Hauptverhandlung vor dem Münchener Strafrichter am Dienstag verhielten die Angeklagten es neuerdings mit einem Verschleppungsmanöver, indem sie die Zeugenladung des in der Normandie lebenden berühmten Separatistenführers Matthes beantragten. Matthes soll sich in einem Schreiben an die R.D. bereit erklärt haben, gegen die Zulassung freien Geleites durch Deutschland als Zeuge zu erscheinen. Das Gericht lehnte den Antrag jedoch ab, nachdem eine eingehende staatsanwaltschaftliche Untersuchung nicht den geringsten Anhaltspunkt für die angebliche Spionagetätigkeit Wagners ergeben hat.

Der „Vorwärts“ will den Bürgerkrieg!

Abfertigungsgeschrei der ertappten Deher.

Die „Deutsche Zeitung“, die noch jedem Putschisten Parteigängerdienste geleistet hat, besetzt die Dreistigkeit, uns zu unterstellen: „Der „Vorwärts“ will den Bürgerkrieg.“ Unsere Kennzeichnung des verlogenen deutschnationalen Geschreies über die Rede des Innenministers Erzelsinski nimmt sie zum Anlaß, um zu schreiben: „Der „Vorwärts“ sorgt für Blutschwitzung!“

Dieses Blatt schreibt:

„Die Gewaltdrohungen und Herausforderungen seitens der Sozialdemokratie haben sich in letzter Zeit in einem Maße gehäuft und gesteigert, daß man ohne Uebertrieb ein System darin erblicken kann, ein System, das in seinen Auswirkungen zum Bürgerkrieg führen muß.“

Es ist das Geschrei: Haltet den Dieb! Se lauter dies Geschrei, um so mehr wird sich bei der Arbeiterschaft die Ueberzeugung befestigen, daß der republikanische Langmut eine Grenze haben muß.

Was die „Blutschwitzung“ anbelangt, so sorgen die Rechtsradikalen sehr kräftig dafür. Am 24. Juni sprach bei der Beratung des Auswärtigen Staats der Nationalsozialist Graf zu Reventlow im Reichstag:

„Ich sage, die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei wird, sobald sie in der Lage ist, sobald das von ihr gelenkte Reich da ist, alle diejenigen Minister und Abgeordneten, welche es wagen, für den Young-Plan zu stimmen, vor den geschwängerten Staatsgerichtshof stellen und ihre Bestrafung mit dem Tode fordern. Die Todesart können sie sich selbst aussuchen.“

Der Graf zu Reventlow mag ein Narr für sich sein — nichtsdestoweniger enthalten diese Worte die schamloseste Wadhege, bestimmt für die unreife Jugend, die dem Hakenkreuz nachfolgt. Wir sind der Ansicht, daß solchen Burschen gegenüber Langmut verfehlt ist — auch im Parlament!

Es ist diese nationalistische Heppdemagogie, die auch in der „Deutschen Zeitung“ Orgien feiert. Dies Blatt hat die bedauerliche Tatsache, daß Reichsminister Hermann Müller eines schweren Leidens wegen nach Mergentheim gehen mußte, zu der Bemerkung benutzt, er habe sich schon vor Stresemann aus dem Staube gemacht...

Das ist die Tonart des nationalistischen Heppbells, die wir zur Genüge aus der Zeit vor dem Republiksturz kennen!

Der Taktlose.

Volksparteiliche Führung in Preußen.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion wird geführt von Herrn Dr. Stresemann, die volksparteiliche Landtagsfraktion — seitdem der ingrimmige Greis von Compe als „Ehrenvorsitzender“ tätiggestellt ist — von Herrn Stendel. Trotz der gleichen Anfangsbuchstaben kann man Herrn Stendel nur als „Stresemann mit umgekehrten Vorzeichen“ bezeichnen, er ist das genaue Gegenteil eines Diplomaten, die Kunst seiner etwas sprudelnd ausgefallenen Beredsamkeit besteht in der Mollenfabrikation von Taktlosigkeiten. Ein gültiges Gesetz verlagte — zum Ausgleich hierfür — Herrn Stendel das Vermögen, die Wirkung seiner Worte auf die Umwelt abzuschätzen. Es liegt wohl im Wesen der Taktlosigkeit, daß sie sich ihrer selbst nie bewußt wird, weswegen streikende Selbstzufriedenheit die Grundstimmung dieses etwas aufgeschwemmten ehemaligen Farbenstudenten bildet.

Selten war Herr Stendel so auf der Höhe seiner Fähigkeiten wie in der Montagssitzung des Landtags. Seine Rede war ein wohlwogenes Gemisch von Prosofationen und Indispositionen. Dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, dem Genossen Heilmann, warf Herr Stendel „Fälschung“ vor, um alsbald vor dem drohenden Dornbusch des Präsidenten diesen Ausdruck „ins Objektive“ zu rektifizieren. Es handelte sich um die hier vom Genossen Heilmann öffentlich festgestellte Tatsache, daß der volksparteiliche Böllig im Jahre 1922 als preußischer Unterrichtsminister bereit gewesen ist, einer Einbeziehung der Schule in das Sanfordat zuzustimmen! Gleich danach verlas Herr Stendel den Brief des Herrn Böllig, aus dem klipp und klar hervorgeht, daß die angelegte „Fälschung“ Heilmanns den Tatsachen entsprach.

Nicht minder liebevoll behandelte Stendel das Zentrum. Als nach Schluß der Debatte der Zentrumsführer Heß in seiner bekannten sarkastischen Art Herrn Stendel in seine Schranken wies, da war es Herrn Stendel dank seines naturgegebenen Optimismus zunächst lange Zeit möglich, den Sinn dieser Zurechtweisung völlig zu verkennen und in das schallende Gelächter der Regierungsparteien über die ironische Abkantung seiner selbst harmlos-fröhlich einzustimmen.

Die Gesichter der Fraktionskollegen des Herrn Stendel wurden allerdings zusehends länger, denn sie begriffen rascher als Herr Stendel, daß die Worte des Zentrumsführers alle Koalitionshoffnungen der Volkspartei für die nächste Zeit vernichteten. Herr Stendel, als er endlich begriff, konnte nur poltern und in echt couleurstudentischer Renommisterei seine Befriedigung darüber ausdrücken, daß keine Taktlosigkeiten „gelesen“ hätten. — „Dawohl, sogar tief gelesen“ bestätigte Herr Heß. Was das bedeuten sollte, begriff mit Ausnahme des Herrn Stendel jeder im Hause.

Das Tollste aber waren wohl die Stendelschen Indispositionen, die in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses der Ministerpräsident Genosse Braun zurückwies, worüber wir an anderer Stelle berichten. Als Herr Stendel — jedem parlamentarischen Brauch ins Gesicht schlagend — in überstürztem Selbstbedürfnis einzelne Wendungen einer persönlichen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten preisgab, da konnte man sogar in den volksparteilichen Reihen einige klügere Herren verzeichnen, die Kopf schütteln und die Hände ringen sahen. Man merkte, wie es ihnen eiskalt über den Rücken lief, wie der Gedanke sie innerlich verletzte, als eine immerhin ernst zu nehmende Fraktion von einem Repräsentanten platteften Demagogentums in staatspolitischen Dingen vertreten zu werden.

Niemand verwehrt Herrn Stendel, eine Rede gegen das Sanfordat zu halten, wenn er ein tatsächliches Bedürfnis verspürt. Seine polternden Tiraden aber wirkten schon deswegen lächerlich, weil jeder der informierten Zuhörer wußte, daß Herr Stendel — Wort für Wort, Satz für Satz — mit dem gleichen sprudelnden Pathos das Gegenteil verkündet hätte, wenn ihm vorher sein Bemühen, in die Regierung zu gelangen, geblüht wäre. Herr Stendel gehört aber nun einmal zu jenen Fußballern, die tollkühne Bälle statt ins Tor gegen die Patte knallen. Er will brennend gern in die Regierung, aber er läßt sich jedesmal eine Beule am Türpfosten. Er ist — mit einem Wort gesagt — ein genialer Führer, und besitzt alle Anwartschaft, es auch einmal zum Ehrenvorsitzenden der volksparteilichen Landtagsfraktion zu bringen.

Kr.

Hakenkreuzlers Laternensehnsucht.



Briand verspricht Eile.

Konferenztermin 5. August?

Paris, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Die in letzter Zeit ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Einführung der diplomatischen Konferenz sind durch den Besuch des deutschen Botschafters von Hoersch bei Briand wieder in Gang gekommen. Der Botschafter ersuchte um eine endgültige Festlegung des Datums der Konferenz. Dies gab Briand Gelegenheit zu der Erklärung, daß die

französische Regierung durchaus nicht beabsichtige, den Termin des Zusammentritts unnötig hinauszuschieben.

Damit hat die französische Regierung ein Mißverständnis zerstreut, das auf Grund von Presseäußerungen in der letzten Zeit stark an Boden zu gewinnen droht.

Es war entsetzender Grund zu der Annahme vorhanden, daß man am Quai d'Orsay seitdem die Annahme der Ratifikation des Schuldenabkommens so gut wie gesichert war, keine sonderliche Eile mehr zu haben schien, und die französische Regierung hatte selbst in ihrer Antwort auf den Vorschlag Macdonalds, die Konferenz in London abhalten zu lassen, deutlich genug zu erkennen gegeben, daß erst in der Zeit vom 1. bis 15. August ihr hinreichend Zeit zur Verfügung stände. Dazu war plötzlich in der Presse der Vorschlag aufgetaucht, die Konferenz gemissermaßen in drei Teile zu zerlegen. Zuerst sollte eine vorbereitende Regierungskonferenz stattfinden zur Festlegung der Richtlinien, dann eine technische Beratung von Sachverständigen und endlich eine dritte Konferenz, von der die entscheidenden Beschlüsse ausgehen sollten. Die französische Regierung hat selbst in Madrid den 5. August vorgeschlagen. Deutschland hatte sich damit innerstehen erklärt. Zu einer Verschiebung bestand kein Grund mehr, zumal in Frankreich kein ernsthafter Politiker mehr den Anspruch Deutschlands auf eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes zu bestreiten wagt, vorausgesetzt, daß man sich über die Fragen der „Feststellungs- und Vergleichskommission“ einigt. In dieser Hinsicht aber hat die letzte Rede Dr. Stresemanns bereits die Situation hinreichend geklärt. Deutschland ist lediglich bereit, in die Errichtung einer solchen Kommission bis zum Jahre 1935, dem eigentlichen Ablaufstermin der Befehlungsfrist, zu willigen. Fraglos wird die französische Regierung auf der kommenden Konferenz versuchen, ihrem Wunsch nach dauernder Kontrolle Geltung zu verschaffen. Aber die Sehnsucht nach einer endgültigen Befestigung der Befehlungsfrist als eines

ständigen Hindernisses für die Verständigung hat sich mittlerweile in allen an den Verhandlungen beteiligten Ländern genügend durchgesetzt und so ist kaum damit zu rechnen, daß wegen dieser Forderung zuletz noch die Verhandlungen scheitern könnten.

Schwieriger liegen die Verhältnisse bezüglich der Saar, da hier die deutsche Forderung tatsächlich dem Wortlaut des Friedensvertrages entgegensteht. Eine vorzeitige Rückgabe des Saargebietes an Deutschland würde eine Revidierung des Vertrages bedeuten, gegen die die französische Regierung schon aus prinzipiellen Gründen sich sträubt. Die moralische Berechtigung der deutschen Forderung nach Rückgabe der Saar aber läßt sich jedenfalls nach der Zusicherung, die die französische Regierung in Lugano gegeben hat, von französischer Seite kaum bestreiten.

Schuldenratifizierung nur mit Vorbehalt.

Paris, 2. Juli.

Der auswärtige Ausschuß der Kammer hat heute über die Ratifizierung der internationalen Schuldenabkommen beraten und einstimmig eine Ratifizierung ohne jeglichen Vorbehalt abgelehnt. Sie hat sich dann mit 15 gegen 8 Stimmen für die Ratifizierung mit Vorbehalt ausgesprochen und mit dem gleichen Stimmenverhältnis den Zusatzartikel des linksrepublikanischen Abgeordneten Stern für zu eigen gemacht, der lautet:

„Die jährlichen Kredite für die Schuldenabtragungen sollen ausschließlich auf die von Deutschland zu zahlenden Raten angerechnet werden.“

Abgeordneter Stern erläuterte seinen Zusatzantrag dahin, daß der von ihm vorgeschlagene Text einer Sicherungsklausel gleichkäme, die Amerika nicht verstimmen könne, jedoch Frankreich, falls es notwendig sei, von Nutzen sein werde. Stern wurde dann zum Berichterstatter in der Frage der Schuldenabkommen ernannt.

Die Finanzkommission der Kammer hat heute nachmittags beschlossen, vor Ratifizierung der Schuldenabkommen nochmals Briand und Poincaré anzuhören, die sich vor allem über die Vorbehalte, unter denen die Regierung die Ratifizierung beabsichtigt, ausprechen sollen. Der Sozialist Vincent Aurioil wird außerdem die Minister über die Absichten der Regierung in der Frage der Räumung des Rheinlandes, die nach seiner Ansicht die unbedingte Folge der Annahme des Young-Planes durch Deutschland sein soll, befragen.

Reichsbahn berät...

... und verhandelt mit dem Reich über ungedeckte Mehrausgaben.

Ueber die Kölner Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn veröffentlicht die Reichsbahngesellschaft folgendes Kommuniqué:

Die Finanzlage der Reichsbahn wird dadurch gekennzeichnet, daß die zur Deckung der schon aufs notwendigste eingeschränkten Ausgaben erforderlichen Einnahmen in den ersten sechs Monaten des Jahres nicht erreicht sind. Dabei waren in dem Ausmaß die durch den Schiedspruch bedingten Mehrausgaben für Löhne noch nicht berücksichtigt. Der Generaldirektor wurde beauftragt, die Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen Deckung dieser Mehrausgaben fortzusetzen. Eine begründete Aussicht auf baldige Herannahen von neuem Kapital zur Vornahme der dringend notwendigen Verbesserungen besteht zurzeit nicht. Zur Verbilligung und wirtschaftlicheren Gestaltung des Stückgutverkehrs genehmigte der Verwaltungsrat die Einführung eines besonderen Tarifs für Sammelabfahrten.

Schimpffreiheit für Republikfeinde.

Was Hakenkreuzlern erlaubt ist.

Der Leipziger Student Berner Studentenkommite hatte in einer nationalsozialistischen Versammlung die anwesenden Polizeikommissare als „Polizeispittel“ und „Mittgroßhungen“ und die Deutsche Republik als „Judenrepublik, die einem

Komödienhaus.

Nichols und Mathews: „Dachzeiterreise.“

Drei Paare auf einem Ozeandampfer, ein altes, das die Hülterwochen weit hinter sich hat, und zwei junge, bei denen sie eben beginnen. Lustige Einfälle und flotte Darstellung. Ein seltener Abend. Reicher Beifall für den Lustigen, für Georg Alexander.

Zuchthaus ähnelt“, beschimpft. Das Schöffengericht in Suhl sprach den Studenten frei.

Die Republikanische Bekleidungsstelle hat sich des Falles angenommen. Der Oberstaatsanwalt bei dem gemeinschaftlichen Landgericht in Weimingen legte Berufung gegen dieses Urteil ein und teilt nunmehr mit, daß in der Hauptverhandlung vom 27. Juni die Berufung von der Großen Strafkammer des Weiminger Landgerichts verworfen worden ist.

Nunmehr hat der Oberstaatsanwalt Revision eingelegt.

Jodof Zint gestorben.

Wien, 2. Juli. (Eigenbericht.)

Der ehemalige Vizekanzler im Kabinett Renner, der christlich-sozialer Bauernführer Jodof Zint, ein edler Borslberger Bauernsohn, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war überzeugter Republikaner. In einem Parteischreiben der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrats an die christlich-sozialer Fraktion wird besonders hervorgehoben, daß sich der Verstorbenen ganz besonders zur Zeit der Revolution als Vizekanzler der Regierung Renner in den Dienst des neuen Staates gestellt habe.

Saar-Abjolutismus.

Der Landesrat hat nichts zu bestimmen.

Saarbrücken, 2. Juli.

Die Neuordnung des Wohnungsrechts durch die Regierungskommission läßt die Vorschläge des Landesrats im wesentlichen unberücksichtigt, obwohl sie von zwei Dritteln der Abgeordneten gemünzt wurden. Die Regierungskommission hat noch einige bedeutungslose und nebenwärtige Abänderungen vorgenommen, doch stehen sie in keinem Verhältnis zu dem, was die Volksvertreter gefordert haben.

Der mexikanische Expräsident Calles tritt eine Weltreise an; er beabsichtigt, sich nachher in Europa niederzulassen.

Jubiläum der Nordwestlichen.

Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sollen begraben werden.

Am Dienstag tagte in Düsseldorf die Jahresversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der sich der deutschen Arbeiterkraft durch seine Massenaussperrung im vorigen Jahre, als Antwort auf einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch, in unvergeßliche Erinnerung gebracht hat. Herr Ernst Boensgen ging von dem am 26. Oktober 1918 gegründeten Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften aus, der dann die Zentralarbeitsgemeinschaft folgte.

Es sei bezeichnend für die damalige Stärke der freiwilligen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im Revier, daß sich die Gewerkschaften trotz der bekannten Berliner Vereinbarung der Notwendigkeit nicht verschloßen, von der sofortigen Einführung des Achtstundentages in denjenigen Betrieben Abstand zu nehmen, in denen dies aus technischen Gründen unmöglich war. „Leider fand unsere sachliche Zusammenarbeit in den Kreisen radikaler Elemente keinen Anklang. So erfolgte bald durch die freien Gewerkschaften die Kündigung der Arbeitsgemeinschaft, die seitdem im Revier auf

das Niveau einer Tarifgemeinschaft

herabsinkt. Sämtliche Tarifverträge beruhen seit dieser Zeit auf einem Schiedsspruch mit nachfolgender Verbindlichkeitsklärung.

Die verschlagenen freiwillige Arbeitsgemeinschaft, die darauf folgende Politik der Schlagworte und die zu geringe Einschätzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die allzu große Gefügigkeit des Staates gegenüber der Machtpolitik der Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeitsbedingungen haben schließlich auch den größten und bedeutendsten Arbeitskampf im Jahre 1928 verurteilt.

Uns scheint, Herr Boensgen stellt die Dinge auf den Kopf. Für ihn und seine Zuhörer mag diese Methode angenehmer sein, richtiger wird sie deshalb nicht. Hinter der „Politik der Schlagworte“, den Forderungen der Metallarbeiter im besonderen und denen der Gewerkschaften im allgemeinen, stand nicht mehr und nichts weniger als der Zwang und der Wille der Arbeiter, ihre Existenz samt der ihrer Familienangehörigen zu fristen. Dieser Notwendigkeit fehlte das Unternehmertum seine Absicht entgegen, eigenes Kapital anzufassen, obwohl seine Träger bei der Liquidation der Ruhrbelegung weit, weit vorteilhafter abgeschrieben hätten als die Arbeiter. Soweit von einer

Machtpolitik der Gewerkschaften

die Rede sein kann, bestand sie stets nur in der Gegenwehr gegen die Machtpolitik der Unternehmer, die sich bei der Abweisung der Arbeiterforderungen nicht darum kümmerten, wie die Arbeiter sich durchs Leben schlagen. Und leben müssen sie doch wohl, wenn sie arbeiten sollen. Schließlich wären die Arbeiter das Leben nicht wert, wenn sie sich allezeit mit den Reben über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten abspießen und ihre Existenz dauernd auf den Hungertat herabdrücken lassen würden.

Auch über die angebliche „große Gefügigkeit des Staates“ gegenüber der angeblichen Machtpolitik der Gewerkschaften wußten diese in recht vielen Fällen ein anderes Lied zu singen. Das Unternehmertum und nicht zuletzt die kleine und um so einflussreichere Gruppe der Nordwestlichen hat es nach stets verstanden, sei es wie früher durch gute Beziehungen, oder wie in neuerer Zeit durch Drohungen, eine gewisse Gefügigkeit des Staates für seine Lohn- und sozialpolitischen Pläne durchzusetzen.

Um die Tatsache, die weniger von einer Machtpolitik der Gewerkschaften als für die Machtpolitik des Unternehmertums spricht, um

den Aushungerungsversuch der Ruhrarbeiterschaft

in den Wochen vor Weihnachten des verfloßenen Jahres, ist mit solchen Festreden nicht herum zu kommen. Der Versuch, die Wucht

dieser Tatsache abzumildern, kann zwar nur mit Angriffen auf die Arbeiterkraft, auf die Gewerkschaften unternommen werden, bleibt aber darum erst recht aussichtslos.

Herr Boensgen stellte sich dann recht vorsichtig auf den Boden der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft daran gehen müsse, die Lasten aus dem Schwerstandigengutachten zu tragen zu suchen. Er sprach:

„Das wird aber nur möglich sein, wenn alle Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Unternehmer und Gewerkschaften begraben werden, wenn der Geist ehrlicher Arbeitsgemeinschaft, wie schon einmal in Zeiten tieferster Not, wieder zu freier Verständigung zwischen den Parteien der Arbeit führt.“

Um nicht etwa mißverstanden zu werden, bemerkte er dabei ausdrücklich, daß diese „Arbeitsgemeinschaft“ nicht im Sinne einer sozialistischen Wirtschaftsdemokratie zu verstehen sei, wo der Unternehmer zum Funktionär „der Allgemeinheit herabgedrückt wird“. Vielmehr ist er der Meinung,

„daß die Unternehmerpersönlichkeit mehr denn je in der heutigen Zeit der Wirtschaft gebraucht wird, daß sie im Mittelpunkt des Produktionsprozesses stehen muß, daß sie in ihrer heutigen Gestalt für die Wirtschaft unentbehrlich ist. Es gibt keine Organisation, kein System, keinen Aktionsausdruck, der die schöpferische Einzelpersönlichkeit erlegt. Unternehmer und Arbeiter sind aufeinander angewiesen, keiner vermag etwas ohne den anderen.“

Nur wenn die Gewerkschaften sich zu einem ehrlichen

Verzicht auf Diktaturgefühle

und unparteiische Machtmittel entschließen und dem Unternehmer das Seine geben, wie er ihnen das Ihre gibt, nur dann wird sich jene echte Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden herausbilden, die von uns Unternehmern gewünscht wird, und ohne die es unmöglich ist, die Schwierigkeiten, die gerade die kommenden Jahrzehnte dem deutschen Volke bringen werden, zu überwinden.“

Herr Boensgen, das heißt die Herren der Nordwestlichen, gehen hier etwas zu weit auf das patriarchalische Arbeitsverhältnis zurück, das übrig geblieben war, nachdem die Verpflichtungen gefallen waren, auf die es sich gründete.

Der Unternehmer hat sich noch immer das Seine genommen, dessen Ausmaß er selber bestimmte, nach dem Grundgesetz: Je mehr desto lieber. Das Ihre, das er den Arbeitern gab, hatte von jeher den verteilten Nachteil, daß es nicht ausreichte. Das liegt nun einmal in der Innatur der Dinge der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

und eben deswegen ist es uns unmöglich, uns den Diktaturgefühlen der Herren zu unterwerfen, selbst auf die an sich nicht große Gefahr hin, daß sie den Wortspieß umdrehen. Um Worte geht es nicht, es geht um Begriffe, die für die von der Hand in den Mund lebende Arbeiterkraft die Gestalt von Fleisch und Blut haben. Sie zur Geltung zu bringen, das wird nicht wohl möglich sein unter Verzicht auf unparteiische Machtmittel. Das können doch nur solche Machtmittel sein, deren Anwendung die Unternehmerverbände den Gewerkschaften erlaubten. Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des Unternehmertums, die es bei der letzten Massenaussperrung gezeigt hat, töme die Arbeiterkraft mit „parteiischen Machtmitteln“ offenbar von vornherein sehr weit ins Hintertreffen

Nach allem müssen wir gestehen, daß wir einer Arbeitsgemeinschaft, wie die Herren der Nordwestlichen sie auffassen, keinen rechten Geschmack abgewinnen können und sogar im Zweifel darüber sind, ob selbst „die klassenbewußten Unorganisierten“ daran Gefallen finden würden.

Bildungsverbandes wird dafür ein Vertreter des Verbandes vorangeschickt. Die Mitgliedschaft in

Werkspor- und bürgerlichen Sportvereinen

betreffend wird in einer Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß eine solche Verbindung sich mit freigewerkschaftlichen Prinzipien nicht vereinbart; Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbandes können nicht Werksporvereinen angehören. Bei dieser Gelegenheit wird an die Hamburger Beschlüsse erinnert, wodurch jeder sportreibende Buchdrucker aufgefordert wurde, die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu unterstützen.

Eine weitere Entscheidung verurteilt den Vorstand des Brandenburgischen Maschinenbauvereins gegen den Verbandstagsbeschluss, der den Sparten verbietet, in irgendwelcher Form Unterstützungen zu gewähren.

Bei den Wahlen

wurde Otto Krauß einstimmig per Akklamation zum 1. Vorsitzenden gewählt, während als zweiter Vorsitzender Richard Barth aus der Stichwahl hervorging, die sich zwischen ihm und Otto Fiedler notwendig gemacht hatte. Die übrigen Vorstandsmitglieder und die Redakteure wurden einstimmig per Akklamation wiedergewählt.

Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wurde Stuttgart bestimmt. Nach der üblichen Abschiedsrede schloß der Verbandstag mit einem Hoch auf den Buchdruckerverband und mit ihm die gesamte Arbeiterbewegung.

Der Ausschuß der Verbandstagsmitglieder nach Heidelberg wurde zu einer Ehrung des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert verbunden. Vom Gewerkschaftshaus aus formierte sich ein Zug zum Grab Eberts, wo ein tiefer Vorbeertrag niedergelegt wurde.

Einigung im Steindruckgewerbe?

Die Berliner Gehilfen für die Annahme des Tarifs.

Die Gehilfenschaft des deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbes steht augenblicklich zum zweiten Male innerhalb von sechs Wochen vor der Entscheidung über den Neuabschluss des Reichstarifvertrages mit dem Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer. Wie im „Vorwärts“ vom 25. Mai bereits mitgeteilt wurde, war von den Unternehmern der Tarif zum 31. Mai gekündigt und eine ganze Anzahl von Verschlechterungsanträgen gestellt worden. Nach langwierigen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer damals bereit, den Reichstarifvertrag um ein Jahr zu verlängern, wenn die tariflichen paritätischen Arbeitsnachweise den behördlichen Arbeitsnachweisen angegliedert werden. Die Gegenforderungen der Gehilfen auf Erhöhung der Löhne und einige andere Verbesserungsanträge waren von den Unternehmern als unerfüllbar zurückgewiesen worden. Die unter der Gehilfenschaft vorgenommene Urabstimmung hatte die Ablehnung dieses „Angebots“ der Unternehmer ergeben, so daß eine tariflose Zeit bevorstand.

Am 21. Juni wurden jedoch die Verhandlungen noch einmal aufgenommen, die nach längeren Auseinandersetzungen zu einem Neubehab der Unternehmer führten, das im wesentlichen folgenden Inhalt hat: Die Ueberstundenleistung, die bisher nicht begrenzt war, wird auf höchstens 120 Stunden im Jahre festgelegt. Bei der Festlegung der Ueberstunden soll auf die privaten und kulturellen Bedürfnisse der Gehilfenschaft Rücksicht genommen werden. Auch zehnjähriger Beschäftigungsbauer sollen anstatt wie bisher 11 Tage ab 1. Juni dieses Jahres 12 Tage Urlaub gewährt werden. Die paritätischen Arbeitsnachweise sollen unter Mitwirkung beider Tarifparteien in die behördlichen Nachweise übergeleitet werden. Eine Aufbesserung der Löhne konnte nicht durchgesetzt werden. Der neue Tarif soll ein Jahr Geltung haben.

Die Berliner Gehilfenschaft hat zu dem Verhandlungsergebnis am Montag im Gewerkschaftshaus Stellung genommen und ihm nach einem eingehenden Bericht des Bevollmächtigten Genossen Hoffmann zugestimmt. Die Entscheidung der Gehilfenschaft im Reiche steht noch aus.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Im Reichsarbeitsministerium trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Wissell der Sachverständigenausschuß zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung zusammen. Der Minister begrüßte die Erschienenen und legte in großen Zügen die Aufgaben des Ausschusses dar. Darauf behandelte Ministerialdirektor Dr. Weigert die einzelnen Probleme, mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen haben wird. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen in strengster Vertraulichkeit zu führen. Zur Vorbereitung des Arbeitsplanes wurde ein Ausschuß von fünf Mitgliedern gebildet.

250 000 Eisenbahner im Einheitsverband.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands überschritt am 1. Juni 1929 mit 250 122 Mitgliedern die Grenze einer Viertelmillion.

Die sprunghafte Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften nach der Umwälzung von 1918 brachte auch dem Vorkämpfer des Einheitsverbandes, dem ehemaligen Deutschen Eisenbahnerverband, eine Mitgliederzahl von rund 500 000. Ruhrbelegung, Inflation, Personalabbau und das verheerende Treiben der kommunistischen Opposition ließen den Bestand der Organisation auf ungefähr 150 000 Mitglieder sinken. Eine mühselige Werbe- und Aufklärungsarbeit führte wieder zum Erstarken des Verbandes. Im Juni 1925 zählte er bereits 172 996 Mitglieder, im Juni 1926 waren es 206 122, im Juni 1927 226 415, im Juni 1928 242 823, und am 1. Juni 1929 zählte der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands 250 122 Mitglieder.

Damit ist ein Meilenstein, aber kein Abschluß in der Mitgliederbewegung des Einheitsverbandes erreicht. Er ist der bei weitem stärkste Verband im Organisationsgebiete der Eisenbahn.

Urlaub im Gastwirtsgewerbe.

Jetzt ist es höchste Zeit, daß jeder Angestellte im Gastwirtsgewerbe seinen Urlaubsanspruch bei der Betriebsleitung anmeldet. Wie lange und welche Entschädigung zu gewähren ist, ist im Tarifvertrag festgelegt, der täglich von 9 bis 16 Uhr, Elßasser Straße 86/88, und Montag von 19.30 bis 21 Uhr, Hofenheide 11, in der Gastwirtschaft von Kniep zu haben ist. Besonders weisen wir auch darauf hin, daß das gastwirtschaftliche Personal der Erfrischungsräume der Warenhäuser unter dieselben Vertrag fällt. Der Tarifvertrag ist anerkannt von der Konsum-Genossenschaft, Karstadt, Wertheim, Tieg, Joseph, Jonas u. Co. Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Bekleidungsarbeiterstreik in New York.

In New York ist am Dienstag ein Streik in der Damenkonfektion ausgebrochen. Nach erfolglosen Verhandlungen mit den Unternehmern hat die Kleiderarbeitergewerkschaft den Streik sämtlicher 30 000 organisierter New-Yorker Kleiderarbeiter beschlossen. Die Gewerkschaft fordert bessere Arbeits- und Lohnbedingungen, ferner ein Einpruchsrecht gegen unbegründete Entlassungen sowie Arbeitslosenversicherung. Sie wird in ihren Forderungen kräftig von der American Federation of Labor unterstützt. Die Föderation hat gemeinsam mit anderen Gewerkschaften für die Streikenden einen Unterstützungsfonds von 250 000 Dollar bereitgestellt.

Wichtig. Buchdrucker des 3. Bezirkes! Die Registrierungsammlung am Montag, dem 8. Juni, um 19 Uhr, findet nicht wie bisher in den „Kassio-Verkauf“, Popelstraße 15, sondern in den bekannten „Kassio-Verkauf“, Gerickestraße 222, statt.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Mittwoch, 19. Juni, tagen die Gruppen: Zentrum: Jugendheim, Reichenberger Str. 21-23. Heimbesprechung, Kampfbücherabend. Ohne Verbandbuch und Heimaussweis kein Zutritt. — Westring: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 39. Heimbesprechung, Verbandbuch und Heimaussweis mitbringen. — Westring: Gruppenheim, Reichenberger Str. 21-23. Heimbesprechung, Kontrolle der Verbandsbücher. — Baumgartenweg: Jugendheim, Baumgartenweg, Reichenberger Str. 16. Heimbesprechung, Unterhaltung. Zutritt nur mit Verbandbuch und Heimaussweis. — Westring: Jugendheim, Reichenberger Str. 21 (Koch). Heimbesprechung, Uniers Kapell spielt auf. Heimaussweis und Verbandsbücher mitbringen. — Säden: Südwest: Säden, Jugendheim, Parf. 11 (Friedrichshagen). Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Deute, ab 18 Uhr, Spiel und Sport: Dönhofsplatz, Platz und Reichenberger Str. Sportplatz Friedrichshagen. — Lichtberg und Reichenberger Str. Spiel im Reichenberger Park. — Humboldt und Gendarmen: Spielplatz im Humboldtpark. — Spandau: Sportplatz Seeburger Straße. — Juppelplatz und Wedding: Große Wiese im Schillerpark.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Mittwoch, nach folgenden Veranstaltungen: Schulstunden: Jugendheim, Schöneberg, 1 (Schöneberg). Vortrag: Eine Geschichte der Arbeiterbewegung. — Westring: Wilhelm Reimnitz. Wir bekommen Besuch aus der Gruppe Karl-Reinholdstr. — Ost: Spiel auf dem Sportplatz im Friedrichshagen. — Ost: Jugendheim der Schule, Köpenicker Str. 61. Gruppenbesprechung. — Westring: Jugendheim, Köpenicker Str. 1-4. Mit Befunden der Werbebezirksversammlung in den „Kassio-Verkauf“, Reichenberger Str. 222. — Ost: Jugendheim, Köpenicker Str. 128. Gruppenbesprechung, anschließend Eichenabend. — Spandau: Jugendheim, Lindenauer Str. 1, Heimaussweis. — Potsdam-Rosowweg: Jugendheim, Rosowweg, Reichenberger Str. Heimbesprechung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: G. Klingelbecker; Gewerkschaftsfragen: Friedrich Kötter; Kultur: Friedrich Kötter; Dr. John Schmalz; Entlohnung: Friedrich Kötter; Berlin: G. M. H. G. Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag, Berlin und Verlagsgesellschaft, Berlin u. G. Berlin, Berlin SW 68, Hakenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungs- und Witzblätter.

STAATL. FACHINGEN Zur **Gesundhaltung!** Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8360-41

Verbandstag der Buchdrucker.

Schluß der Verhandlungen.

Der letzte Verhandlungstag des Verbandstages der Buchdrucker in Frankfurt a. M. war ausgefüllt mit der Erledigung der zahlreichen Anträge und der Beschlussfassung über innerorganisatorische Angelegenheiten.

Der Beschwerdekommision waren 29 Beschwerden vorgelegt worden, die alle entsprechend der Empfehlung der Kommission vom Plenum erledigt wurden. So wurde u. a. ein Protest von 25 ausgeschlossenen Mitgliedern aus dem Betriebe der Peunag in Chemnitz abgewiesen, die wegen Streikbruchs aus der Organisation entfernt werden mußten. Zur Frage der Industrieorganisation wurde mit großer Mehrheit folgende Entscheidung angenommen:

Der Verbandstag stellte mit Befriedigung fest, daß die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit der vier graphischen Verbände im Graphischen Bund sich bewährt hat und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit dem kommenden Zusammenschluß dieser Verbände die Wege ebnet und besonders auch über die notwendigen Voraussetzungen bezüglich der inneren Organisationsform und der regionalen Aufteilung des Organisationsgebietes Uebereinstimmung in den Mitgliederkreisen herbeiführen wird.

Ueber die Anträge betreffend die Mitgliedschaft in gewerkschaftsfeindlichen Verbänden entspann sich im Anschluß an den Kommissionsvorschlag eine längere Debatte. Nach nochmaliger Beratung der Kommission wurde beschlossen, den Hamburger Beschlüssen auf

die sogenannten „vaterländischen“ Verbände

mit gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen auszudehnen. Für Verbandsmitglieder ist mithin die Mitgliedschaft im Stahlhelm und den „vaterländischen“ unzulässig und führt in Fällen besonderer gewerkschaftsfeindlicher Betätigung zum Ausschluss, während im übrigen durch entsprechende Aufklärung eingegriffen werden soll. Dabei wurde festgestellt, daß es sich im ganzen Reiche um kaum ein Duzend derartiger „Doppelorganisierter“ handelt und der Verbandstag mehr Gewicht auf diesen Punkt gelegt hat, als ihm zukam. Die auf die Mitgliedschaft in der A.P.D. bezüglichen Anträge wurden unter Hinweis auf die parteipolitische Neutralität des Verbandes abgelehnt.

Dem Verbandsvorstand kann fortan ein Vertreter des Bildungsverbandes mit beratender Stimme angehören, dem Vorstand des

WOHNUNG UND WERKRAUM AUSSTELLUNG BRESLAU 1929 18. JUNI - 18. SEPT. **MO**

Rund um Berlin vor 40 Jahren.



Ein Inserat aus dem Jahre 1890.

Um die Entwicklung Berlins in Eile zu zeigen, bedarf es nicht umfangreicher Lokalhistoria, da gibt es einen viel kürzeren Weg...

Mit der Dampfstraßenbahn

In den vier Jahren war der Kremser das hervorragendste Verkehrsmittel nach all den Orten, wo die Pferdebahn oder die Dampfstraßenbahn nicht hinreichte...

waren vor vierzig Jahren freilich nicht mehr als ein gutbürgerliches Restaurant. Auch der Kurfürstendammm hat durch die neue Halensee-Siedlung wesentlich gewonnen...

Mit der Pferdebahn nach Weissensee.

Wenden wir uns einem anderen „entfernt liegenden“ Ausflugsziel zu: Weissensee. Weissensee hat bereits früher eine Glanzzeit besessen, die zufällig in die Zeit der Beschreibung Hennes fällt...

jetigen Verkehrsmitteln kein Berliner veräumen sollte. Die Tempelhofer im Westen und Pantow im Norden hat Lichterberg schon seit mehreren hundert Jahren als eine grüne Oase in der damaligen Berliner Sandwüste gegolten...

Rein, gewiß mag sich heute niemand mehr nach unserem Freund Hennes orientieren, wenn auch einige Schönheiten aus seinen Beschreibungen noch vorhanden sind...

Ausflugverkehr Dänemark-Fähre. 3 Tage gültige Ausflugsscheine.

Auf der deutsch-dänischen Fährstraße Warnemünde—Gjedler werden vom 1. Juli ab, auf Grund einer Vereinbarung zwischen der deutschen und dänischen Regierung, besondere Ausflugsscheine ausgegeben...

Zwei viertägige Gesellschaftsreisen durch den Harz.

Die Reichsbahndirektion Berlin veranstaltet gemeinsam mit dem Mitteleuropäischen Reisebureau (Mer) zwei viertägige Gesellschaftsreisen durch den Harz, die vom 4. bis 7. Juli und vom 18. bis 21. Juli stattfinden werden...

Sack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Dann kam ein Augenblick unter den Bäumen vor dem Abstieg, wo Daylight sie hätte an sich ziehen und küssen können. Aber er war zu verwirrt über all das Neue...

„Es ist verflucht schön da oben bei Glen Ellen,“ sagte er überlegend. „Ich möchte, Sie könnten es mal sehen.“

Als sie den Waldrand erreichten, trennten sie sich.

Als das Fährsystem in Gang kam und es sich zeigte, daß die Fahrt zwischen Ostland und San Franzisko nur die Hälfte der Zeit kostete, trat in Daylights drückender Geldknappheit eine Wendung zum Besseren ein...

In kleinerem Maßstabe folgten auch andere seinem Beispiel, kauften und verkauften Grundstücke und zogen Nutzen aus den Verbesserungen, die er durchgeführt hatte...

Auch die Arbeit an Daylights Docksystem schritt rasch vorwärts; aber es war nur eines jener Unternehmen, die riesige Summen verschlangen und nicht so schnell wie die

Fähren betriebsfähig wurden. Es waren große technische Schwierigkeiten zu überwinden. Ein unablässiger Strom von Gold floß in tausend hungrige Wagen...

Im Frühling aber begann eine große Panik. Als erstes Anzeichen kündigten die Banken die Kredite, für die sie keine genügende Sicherheit hatten. Daylight bezahlte prompt ohne Einwände die ersten Wechsel...

Er durchschaute die Situation. Als die Banken ihre Guthaben einforderten, wußte er, daß sie das Geld dringend brauchten. Aber er brauchte es noch dringender.

Was er nötig hatte, war Bargeld, und wenn ihm alle ständig eingehenden Gelder zur Verfügung gestanden hätten, so wäre nichts zu befürchten gewesen...

Der Morgen sah ihn um acht an seinem Schreibtisch. Am zehn sah er in seinem Auto und machte die Runde bei seinen Banken. Und gewöhnlich hatte er im Auto die zehntausend

und mehr Dollar bei sich, die seine Föhren und Eisenbahnen am Tage zuvor eingenommen hatten. Dies Geld sollte die ärgsten Lächer stopfen. Und mit einem Bankdirektor nach dem andern wurde dieselbe Szene aufgeführt...

Und was ihn selbst betraf: Trotz der Panik kamen immer mehr Leute nach Ostland. In den Verkauf der Grundstücke kam Fahrt. In eben diesem Augenblick unterhandelte er über den Verkauf von mehr als tausend Grundstücken...

Daylights Schachzüge waren fabelhaft. Nicht das geringste erregte seinen scharfen Blicken. Der Druck, in dem er sich befand, war schrecklich. Er hatte keine Zeit mehr, zu frühstücken...

Wenn Daylight auch nach außen stets als der starke, kräftige Mann mit der unerschöpflichen, überströmenden Energie auftrat, so war er innerlich doch sehr müde. Und zuweilen hatte er, vom Whisky betäubt, Augenblicke, in denen er alles weit klarer sah als in nüchternem Zustand...

homer Bahnhof 7.20 Uhr mit der Fahrt nach Thale, das um 11.54 Uhr erreicht wird. Von dort aus geht die Fahrt teils mit Autos, teils mit der Brodenbahn durch den Südburg zum Kpffhäuser über Nordhausen nach Schierke, zum Broden über Rübeland, Braunlage nach Bad Harzburg und am letzten Tage über Ronterhall, Goslar, Ilfeld, Wernigerode zurück nach Thale. Die ganze Reise, einschließlich Eisenbahnfahrt 3. Klasse, Autofahrten, Übernachtung und Verpflegung (täglich drei Mahlzeiten einschl. Trinktisch) kostet 88 M. Anmeldungen nehmen die Mer-Reisebüros im Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Wertheim, Leipziger Platz und Kaufhaus des Westens entgegen.

Lieferauto rast auf den Bürgersteig.

Vier Schwere- und drei Leichtverletzte.

Gestern nachmittags ereignete sich in der Reinickendorfer Straße im Norden der Stadt ein schweres Verkehrsunfall. Das Lieferauto einer Berliner Schokoladenfabrik taffe auf den Bürgersteig und überfuhr sieben Personen, die an der Haltestelle auf die Straßenbahn warteten. Die Verunglückten wurden durch die Feuerwehr und das Städtische Rettungssamt ins Virchow-Krankenhaus gebracht.

Der schwere Unfall hat sich folgendermaßen zugetragen. An der Ecke Reinickendorfer und Fennstraße am Weddingplatz fuhr beim Überqueren der Straßenkreuzung ein Lieferauto der Schokoladenfabrik Stolberg A.-G. mit einem Radfahrer, dem 26jährigen Maschinenstosser Max Wartenberg aus der Elbinger Straße, zusammen. Der Chauffeur versuchte noch auszuweichen, um dem Radler nicht zu überfahren. Das Unheil war aber nicht mehr abzuwenden, und bei dem Zusammenprall wurde die rechte Scheibe am Führerfeld zertrümmert. Der Chauffeur, ein 23jähriger Hans B. aus Reinickendorf, verlor in diesem Augenblick die Herrschaft über die Steuerung und geriet vor dem Hause Reinickendorfer Straße 9/10 auf den Bürgersteig. Das Fahrzeug rief die hier befindliche Haftstrafe um und fuhr in eine Menschengruppe hinein, die an der Haltestelle auf die Straßenbahn wartete. Während es einigen von ihnen gelang, im letzten Augenblick zurückzuspringen, wurden sechs von ihnen von der umflügelnden schwere Säule getroffen und vom Auto überfahren. Die alarmierte Feuerwehr, die ihre Wache knapp eine Minute von der Unfallstelle entfernt hat, sorgte sofort für den Abtransport der Verletzten nach der Rettungsstelle 16 in der Lindower Straße. Von hier aus wurden vier der Verunglückten mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Virchow-Krankenhaus gebracht. Einem Werkmeister aus Reinickendorf mußten beide Beine amputiert werden.

Die Polizei hat sofort eine Untersuchung über die Schuldfrage eingeleitet. Wie aus den Vernehmungen zahlreicher Zeugen hervorging, scheint die Schuld den Radfahrer zu treffen, der nur unerhebliche Verletzungen erlitten hat.

Auf dem Bahnhof in Halensee versuchte der 52jährige Arbeiter Bernhard Hermann aus der Revaler Straße 19 auf einen bereits in Fahrt befindlichen elektrischen Stadtbahnzug zu springen. Er glitt dabei so unglücklich aus, daß er unter die Räder eines Wagens geriet. Der Verunglückte wurde ins Westend-Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung gestorben ist. Ein anderer tödlicher Unfall trug sich gestern nachmittags, in der Berseberger Straße zu. Die 17jährige Martha Kießhalm aus der Sünder Straße 45 sprang in voller Fahrt vom Hinterrand eines Straßenbahnwagens der Linie 19. Das Mädchen kam dabei zu Fall, wurde vom Anhängen erfasst und überfahren. Die Unglückliche wurde sterbend ins Roabiter Krankenhaus gebracht.

Gefährd des Schreckens und der Not.

Im Osten der Stadt, auf der Warschauer Brücke. Zwischen vier und fünf Uhr nachmittags machen hier die zahlreichen großen Fabriken Feierabend. Dann ergießt sich in der Richtung der Frankfurter Allee ein dichter, schwarzer, Menschenstrom über die viel zu schmale Eisenbahnbrücke. Alles stößt, drängt, schiebt den anderen beiseite; jeder will zuerst die breitere Warschauer Straße gewinnen. In entgegengesetzter Richtung ist fast nicht durchzukommen.

Ich hatte gerade wegen zu langsamem Gehen einige fröhliche Rufe erhalten, als plötzlich hinter mir eine Art Signalpfeife ertönte. Gleichzeitig vernahm man ein Geräusch, wie es die „Roller“ der Kinder erzeugen. Im selben Moment sprangen alle wie auf ein Kommandowort beiseite, bildeten eine schmale Gasse und waren so dicht aneinandergedrückt, daß fast die Luft abgeschnitten wurde. Ich wurde unwillkürlich mitgerissen, als zu meinen Füßen ein höchst sonderbares Gefährt vorbeifliehte. Ein Gefährt, wie ich es noch nie gesehen: Auf vier ganz niedrigen Rollen waren einige gehobelte Bretter befestigt; so daß sie sich höchstens zwanzig Zentimeter über dem Erdboden befanden. Auf diesem primitiven Wagen hockte ein Mensch, vielmehr der Rest eines Menschen; beide Beine fehlten. Um die Stümpfe waren Lederriemen gebunden, die den Körper am Wagen festhielten. Die Arme machten rasend schnelle Aderbewegungen, die Hände hielten zwei tomische Gebilde: ähnlich elektrischen Plättchen, nur flacher und aus Stoff gefertigt mit Holzspindeln. Mit diesen Fingern stieß sich der Krüppel von der Erde ab und lausste auf diese Weise zwischen den Beinen seiner Mitmenschen dahin, alle machten Platz, alle kannten offenbar schon den Signalfuß. Ich hatte mich kaum von meinem Erstaunen erholt, wollte hinterher, da waren auch schon die Menschenwogen zwischen mir und dem davonrasenden Gefährt wieder zusammengeflohen. In der Ferne hörte man nur noch das dumpfe Rollen.

Ein Mensch ohne Beine. Und bewegt sich doch doppelt, nein drei-, viermal so schnell durch die Straßen, wie seine glücklichen Brüder, die im Vollbesitz ihrer Gliedmaßen sind.

750 000 Besucher in den Freibädern.

Obwohl der Monat Mai vorwiegend kühle Tage brachte und im Monat Juni die Witterungsverhältnisse sehr schwankend waren, haben trotzdem seit der Eröffnung der städtischen Freibäder bereits 750 000 Badegäste diese Erholungsstätten aufgesucht. Das Strandbad Wannsee steht mit seiner Besucherzahl von 272 000 an erster Stelle. Dicht darauf folgt das Freibad Plöhensee mit 130 000 Erwachsenen und 110 000 Kindern. Das Strandbad Müggelsee, das durch den Brand im letzten Herbst außerordentlich gelitten hat und jetzt erst mit den Aufbaubarbeiten beginnen kann, hat seit der Eröffnung Ende Mai 40 000 Badende gezählt. Die gleiche Besucherzahl weist das Freibad Westend auf, und Grünau, das erst vor einigen Monaten der städtischen Verwaltung angegliedert wurde und Umkleedevakons von Wannsee übernommen hat, wurde von 35 000 Berlinern besucht. In weiteren Abständen folgen dann Südburg, Tegel und Adlershof mit je 30 000 sowie Oberschöneweide mit rund 25 000 Badegästen.

20 000 Amateurdetective. Der alljährlich von der Berliner Kriminalpolizei ausgegebene 1000-Mark-Preis für das Auffinden dreier Personen kostete 20 000 Amateurdetective nach dem

5 Jahre Gefängnis für Schulz.

Der Mitangeklagte im Primanerprozeß freigesprochen.

Das Schwurgericht III verurteilte zu später Abendstunde den Angeklagten Karl Schulz, der den 18jährigen Primaner Herbert Kleier erschossen hat, wegen Totschlages zu fünf Jahren Gefängnis. Der Mitangeklagte Röber wurde freigesprochen.

Die Tat des 24jährigen Karl Schulz fällt selbst aus der Reihe der großen Anzahl politischer Totschlagsaffären der letzten Zeit. Ohne äußeren Anlaß, ohne angerempelt zu sein, ohne vorausgegangenen Wortwechsel, verlegte der Angeklagte nach längerer Verfolgung einem der jungen Stahlhelmlente einen Schlag und feuerte gegen den anderen den tödlichen Schuß ab. Es lag bei ihm gewissermaßen eine feste innere Bereitschaft zur Tat vor, die bei diesen zu Zwangshandlungen neigenden jungen Menschen schließlich fast automatisch zur Ausführung gelangte. Hingegen kam, daß er sein Freund erst vor kurzem von Stahlhelmlern verprügelt worden waren. Die Stahlhelmlente hatten es scheinbar auf Schulz als ihren früheren Gefinnungsgenossen — vor seinem Beitritt zur Kommunistischen Jugend gehörte er der völkischen Olympia an — ganz besonders abgesehen. Sein Gesicht trug Zeichen so mancher Schädigeren. Wenigstens vier Ueberfälle auf Andersgesinnte konnten ihm selbst nachgewiesen werden. Und das, obgleich er seiner Anschauung nach gegen Gewalttaten war. In seiner krankhaften Hemmungslosigkeit und maßlosem Jähzorn, den er von seinem trunküchtigen Vater geerbt hatte — der Knabe wurde gezeugt, nachdem der Vater zweimal in Dalldorf gewesen war —, kannte er eben keine Grenzen. Hinterher reute es ihn tief. Als er nach hartnäckigem Zeugnis bei der polizeilichen Vernehmung schließlich zusammenbrach, rief er sich förmlich die Haare aus dem Kopf. Im Polizeigefängnis versuchte er sich zu erdrosseln und wurde erst im letzten Augenblick aus der Schlinge gezogen. Seiner Braut schrieb er aus der Zelle: „Ich habe kein Verständnis für meine Tat. Ich würde mein Leben hingeben, um die Tat ungeschehen zu machen... Das nun nicht ich allein, sondern auch meine gläubige

Mutter bestraft wird... Nur einen Wunsch habe ich, den Eltern des unglücklichen Menschen zu dienen und sie für meine ungewollte Tat zu entschädigen.“ Im ersten Brief an die Mutter hieß es: „Ich hoffe den Tag, da ich zur Welt gekommen... Den Revolver halte ich für mich selbst angeschafft... Wenn ich gewußt hätte, daß ich diesen Menschen auf dem Gewissen habe, so hätte ich nicht im Gefängnis, die nächste Kugel wäre für mich selbst bestimmt gewesen.“

Die Mutter des Angeklagten ergänzte dieses Bild eines überempfindlichen jungen Menschen. Die einzige Erinnerung an seinen Vater waren dessen Schläge. Die Mutter konnte sich um den Knaben wenig kümmern, da sie Aufwartearbeiten zu besorgen hatte. Der Junge klagte: andere Kinder haben Vater und Mutter, wir haben weder Vater noch Mutter. Der für den Sohn bestellte Vormund machte für ihn nichts. Allmählich erfüllte ihn eine immer größere Verbitterung: „uns geht aber alles fehl“, sagte er. Im Alter von 16 Jahren fand ihn die Mutter eines Tages bewußtlos am Boden liegen, alle Cashähne waren geöffnet. Seine Braut — er hatte sich vor einer Woche im Gefängnis verlobt — ein nettes junges Mädchen, hält auch heute noch zu ihm, schlugte im Gerichtsaal unaussprechlich. Ihr Vater, politisch unorganisiert und ihr Schwager, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, konnten den jungen Menschen, obgleich er Kommunist war, wegen seiner Unfähigkeit und gutmütigen Charakters gut leiden. Auf Veranlassung seiner Braut trat er aus der kommunistischen Partei aus, das gleiche tat auch sie einige Zeit darauf. Er war gerade im Begriff, sich von der Politik abzuwenden, als das Unglück geschah. Das Gift des politischen Rowdiums war allzutief in ihn eingedrungen.

Sanitätsrat Dr. Leppmann bezeichnete den Angeklagten als schweren Psychopathen, der zu impulsiven Handlungen neige. Er bestritt die Bewußtlosigkeit während der Tat und wollte ihm nur verminderte Zurechnungsfähigkeit zubilligen. Angesichts des Eindrucks, den man von dem Angeklagten erhielt und der Eigenart seiner krankhaften Persönlichkeit schien der Antrag des Staatsanwalts, der ihm selbst mildernde Umstände versagte, doch zu hoch. Acht Jahre Zuchthaus! „Weshalb haben Sie mich nicht sterben lassen“, rief der Angeklagte.

Phantasie und Wirklichkeit.

Wie sich der „Jungde“ Deutschlands Zukunft denkt.

Auf einem „Jungdeutschen Vortragsabend“ verbreitete sich Herr Dr. Reinhold Höhn, „staatswissenschaftlicher Mitarbeiter der Leitung des Jungdeutschen Ordens“, über das Thema: „Krise der Staatslehre und Jungdeutscher Staatsvorschlag“. Er stellte fest, daß die heutige Staatstheorie eine Krise durchmache, die begründet sei in einer Krise des Staates selbst. Der moderne Staat, entstanden aus dem Kampfe des Bürgertums gegen den mittelalterlichen Absolutismus, vermöge nicht die in ihm vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüche zur Einheit zusammenzufassen. Der Parlamentarismus ist die typische bürgerliche Herrschaftsform, die äußere Form der Entseelung des Staates. Um die Einheit zu schaffen, tut nach dem Rezept des Jungdeutschen Reiterentzwei: das geheimnisvolle, plebejische „Frontierlebnis“ der deutschen Kriegsteilnehmer, das in dem Erleben, in der rein gefühlsmäßigen, von Vergeistlichung unbefangenen Schau, der Gemeinschaft, der Kameradschaft aller Soldaten (wahrscheinlich vom „Eiappenschwein“ bis zum Schühengrabenmusketen) besteht, muß allen Deutschen nahegebracht werden. Die Verantwortung der Volksgemeinschaft denkt sich der Jungdeutsche „Staatsvorschlag“, gemacht vom Hochmeister Arthur Mahraun im „Jungdeutschen Manifest“, etwa so: Einteilung ganz Deutschlands in „Nachbarschaften“ zu je 50 bis 100 Personen, die sich Führer wählen. Diese Nachbarschaftsführer wählen wieder Oberführer und diese in weiterer Stufenfolge schließlich einen allerersten Führer, der alleiniger Vertreter der neuen Gemeinschaft ist, die, so lautet der schwüßig-tiefinnige Satz wörtlich, „in wahrer Integration den Ahythmus des Volkes erstehen läßt.“

In der Diskussion wiesen die Genossen Professor Heller und Leites nach, daß die Phrasen der Jungdeutschen Volkserlöser trassete Flucht vor der Wirklichkeit bedeuten. Das Volksgemeinschaftsproblem ist in erster Linie ein ökonomisches und politisches Problem, um dessen Lösung praktisch, nicht konfus-idealistisch, die eine der großen Interessentengruppen des Parlaments, die Arbeiterchaft, ringt.

Ein Neubau stürzt ein.

In der Connenstraße 16 im Böhmenviertel wird zurzeit ein Zweifamilienhaus errichtet. Der Bau ist zum größten Teil fertiggestellt und vor einigen Tagen wurde längs des Hauses ein Schacht für die Rohrlegungsarbeiten ausgehoben. Gestern Abend um 20 Uhr 30 stürzte ein großer Teil des Neubaus unter großem Krach plötzlich zusammen. Da zur Zeit des Einsturzes auf dem Bau nicht mehr gearbeitet wurde, ist glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen. Die Feuerwehr rückte auf den Alarm „Hauseneinsturz“ mit drei Zügen an, es mußten einige provisorische Vorkehrungen angebracht werden, um ein weiteres Einstürzen zu verhindern. Die Baustelle wurde sofort polizeilich gesperrt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß unachgemäß ausgeführte Schachtarbeiten den Einsturz verursacht haben.

In dem französischen Lehrerseminar von Quimper ist es zu jähren Zwischenfällen gekommen. Das Seminar wurde vor vier Wochen geschlossen, weil die Schüler aus Protest gegen die Behandlung durch den Direktor die Internationale zu singen gemacht hatten. Am Sonnabend nun sollte das Institut wieder geöffnet werden. Da aber 16 Seminaristen nicht mehr zum Unterricht zugelassen worden waren, packten auch die übrigen ihre Koffer und verließen die Schule.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung. (Nachdr. verb.) Zeitweise auflockernd, am Tage kühler. Windrichtung nach Südlichen bis südöstlichen Richtungen. — In Deutschland: Am Nordosten noch kühl und einzelne Niederschläge, in Ost- und Mitteldeutschland möglich bis heiter, vorwiegend trocken und wärmer. Am Westen Gewitterneigung.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazu gehörige Chlorodont-Zahnbürste mit geschmeidigem Borstenschwanz zur Beseitigung festsitzender, überdauernder Speisereste in den Zahngelenkräumen und zum Weichwerden der Zähne. Die gelblich-gelbe Chlorodont-Zahnpaste von besserer Qualität, für Erwachsene 1,25 M., für Kinder 70 M., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Lunapark. Ein ausgesprochenes Talent war unter den vielen Suchern aber nicht zu entdecken. Tausend fanden den einen oder den anderen, kein Einziger traf alle drei. So wurden durch Loswanzig Bemerkungen gewählt, und der Gewinn wurde zu gleichen Teilen verteilt. Zwischendurch gab es noch auf der Freilichtbühne im Garten artistische Vorführungen zu sehen, und ein Riesenfeuerwerk beschloß die Veranstaltung.

Der Rußbaum ist tot.

Ein Stück Alt-Berlin.

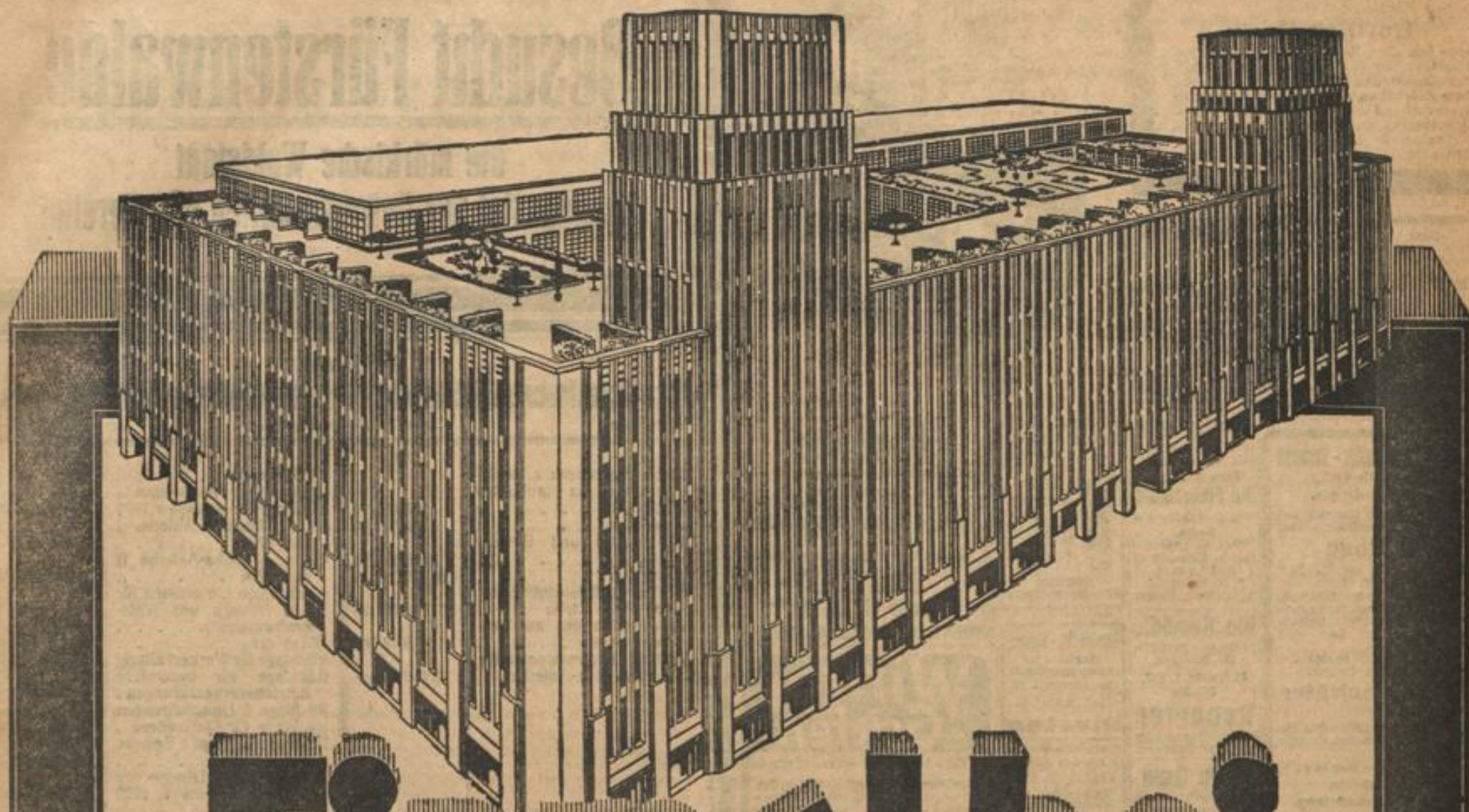
Nachdem die Stadt das älteste Berliner Wirtshaus, den nachweislich im Jahre 1567 erbauten „Rußbaum“ an der Fischerstraße erworben und neu hergerichtet hatte, wurde der vor dem Hause stehende mehrhundertjährige Rußbaum besonders gepflegt und gestützt, damit er erhalten blieb. Leider hat aber die kurze Frostperiode des vergangenen Winters den Rußbaum zu Fall gebracht, er ist tot und seine Reste tragen keine Blätter mehr. Die letzten Hoffnungen der Gartenbauverwaltung, daß der Baum sich erholen könnte, haben sich nicht erfüllt und so wird an seine Stelle ein neuer Rußbaum treten, um den charakteristischen Eindruck des alten Gasthauses zu erhalten.

Das Haus zum Rußbaum ist übrigens bei seinem hohen Alter doch nicht das älteste Haus Berlins, das aus den Anfängen der Ansiedlung an der Spree sich bis in unsere Weltstadtage erhalten hat. In der Petrigasse liegt ein Haus, dessen Lebensdauer man zwar nicht nach Tag und Datum feststellen kann, das aber von Fachkennern auf ein Alter von mindestens vier Jahrhunderten geschätzt wird. Dieses alte Haus gehört nicht etwa der Stadt Berlin, sondern einer Konfektionsfirma, an deren Anwesen es anlehnt. Diese Firma hat für eine Ausdehnung ihres Betriebes das historische Haus dem Magistrat gerade vor der Nase weggeschnappt, ehe sich dieser zu einem Ankauf durch die Stadt entschließen konnte. In etwa zwei Jahren wird dieses älteste Haus Berlins „abbruchreif“ und der Spitzhaken zum Opfer fallen, wenn an seiner Stelle neue moderne Verkaufsräume errichtet werden sollen.

Ein anderes Haus, das auch auf eine Reihe von Generationen zurückblicken kann und nach den Giebelinschriften aus dem Jahre 1658 stammt, ist gerade in den letzten Tagen niedergelegt worden. Es bestand sich im hohen Steinweg, wo an der Ecke der Königsstraße das neue Salamanderhaus gebaut werden soll. Bei dem Abbruch förderte man noch verschiedene Antiquitäten zutage, einige alte Säbel und auch einen Krückstock, die aber keinen besonderen Wert hatten. Der sündliche Schmutz des Hauses ging bei dem Abbruch in die Brüche. Es waren die typischen Bildstöcke aus jener mittelalterlichen Zeit, wo man glaubte, durch abschreckende Bilder an den Häuflern den Teufel vom Hauße fernhalten zu können.

Für unsere Viehhäfen.

Der Deutsche Tierärzerverein, der immer praktische und notwendige Arbeit leistet, eröffnete auf seinem Gelände in Pantmih, Dessauer Str. 21, ein Rachenheim. Es soll in erster Linie den verreisenden oder erkrankenden Besitzern die Sorge um ihre Tiere abnehmen. Viele Großstadtbewohner sind, schon allein, um ihre Wohnung von Rausen reinzuhalten, auf den Besitz einer Katze angewiesen. Andere haben sich an das Tier als Hausgenossen gewöhnt, und keiner möchte, wenn er selbst nicht für sein Tier sorgen kann, es verkommen lassen. Daher war die Errichtung dieser großen Pensionstaltung, die 80 Einzeltiere mit je einem Auslauf ins Freie besitzt, eine Notwendigkeit. Der Pensionspreis ist möglichst niedrig gehalten. Der Verein will nicht verdienen, aber von seinen Idealen allein können die Katzen auch nicht leben. Ist der Tierbesitzer jedoch bedürftig, werden die möglichen Unterhaltskosten nach herabgesetzt. Es besteht nicht die Absicht, ein Heim für alle, heimatlose Katzen zu schaffen. Dies müßte nämlich unbedingt zu Massenunterbringungen führen, die Krankheiten und Seuchen im Gefolge haben. Unheilbar krank und überflüssige Tiere, für die man keine Unterkunft finden kann, müssen nachsichtiger Hand schnell und schmerzlos getötet werden. Man darf sie nicht, aus falsch betätigter Tierliebe heraus, sammeln, denn bei solchen Massenunterbringungen löst man die Tiere eines langsamen, qualvollen Todes sterben.



Einmal bei KARSTADT immer zu KARSTADT

Der unverminderte Strom der Käufer zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. - Nicht alles konnten wir bei dem Massenbesuch so erledigen, wie man es sonst bei uns gewohnt ist. Wir haben keine Mühe gescheut, den gesteigerten Ansprüchen jetzt dienen zu können



U-BAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADT-BAHNHOF

Ausbeutung vonstellungslosen.

Eine gemeingefährliche Schwindlerbande.

Erfinderiſche Köpfe ſind die Mitglieder einer Schwindlerbande, die ſeit Monaten ihr Unweſen treibt, ohne daß es gelingen will, ihrer habhaft zu werden. Die Opfer ſind ausnahmslos Stellungsluſtende beiderlei Geſchlechts oder Geſchäftsleute.

Fast jeden Monat erfindet die Geſellſchaft einen neuen Trick. Den größten Coup landeten die Betrüger im Januar. Unter Mißbrauch eines angeſehenen Namens eröffneten ſie einen umfangreichen Briefwechſel mit Leuten, die Hausmeiſter, oder Pförtnerſtellungen ſuchten. Sie boten eine Stellung in einer Villa in Swinemünde an, mit der noch der Vorteil verbunden war, daß der Hausmeiſter Zimmer ſeines eigenen Wohnhauses an Sommergäſte vermieten dürfe. Angeblich ſollte die Beſitzerin vorausfahren und den Bewerber im Oſtſeebad an einem beſtimmten Tage treffen. Ehe aber der Tag herankam, ſchrieb die „Tochter“, daß die Mutter erkrankt ſei und von einer Reiſe Abſtand nehmen müſſe. Der Bewerber ſolle aber trotzdem nach Swinemünde fahren, ſeine Referenzen ſeien ſo gut geweſen, daß man keine Bedenken trage, ihn zu engagieren. In demſelben Briefe wurde er gebeten, ein Schmutzstück, das repariert worden ſei, von einem Boten in Empfang zu nehmen und das Geld auszuliegen. Es wurde ihm in der Villa zugleich mit den Reiſekoften wieder erſtattet werden. Die vorangegangenen Briefe hatten die Bewerber ſo in Sicherheit gewiegt, daß ſie an keinen Betrug dachten. Die Kriminalpolizei, die auf das Treiben aber aufmerkſam geworden war, beobachtete die Boten

und ſtellte feſt, daß ſie ſelbſt ahnungslos waren. Ihr Auftraggeber hatte ſie nach einem Treffpunkt beſtellt, wo er das vorausgelagte Geld in Empfang zu nehmen gedachte.

Wahrscheinlich hatte der raffinierte Gauner aber Wind von der Kriminalpolizeiſchen Beobachtung bekommen, denn er ließ ſich am Stehdiſchein nicht ſehen. Die Zahl der Betrogenen war jeſehr groß.

Als der Stellenschwindel nicht mehr genügend zog, erdachte die Bande etwas Neues. Bei Penſionsinhaberinnen beſtellte ein Mann für ſich und ſeinen Chauffeur zwei Zimmer. Dann kaufte er ohne Bezahlung in Geſchäften alles mögliche ein und ließ es nach der neuen Bezahlung liefern. Der Wirtin hatte er eine Zeſſion überhandelt, mit der ſie die Rechnung begleichen ſollte. Sie war gebeten worden, den Ueberſchuß einſtweilen auszuliegen. Wohlweislich war der Betrag, auf den die Zeſſion lautete, immer niedriger als die Rechnung. Die Frauen legten aus und ſahen weder den Mieter noch ſeinen Chauffeur jemals erſcheinen. In den Paketen waren nur Lumpen oder Steine. Mit Rückſicht auf den großen Schaden, den die Betrüger angerichtet haben, hat die Kriminalpolizei alle verfügbaren Mittel aufgebieten, um ihrer endlich habhaft zu werden.

Stellungsluſtende, die Angebote erhalten, ſollten ſie mit äußerſter Vorſicht behandeln und ſie zum Handſchriftenvergleich lieber erſt bei der Kriminalpolizei vorlegen. Kriminalkommiſſar Dr. Wächter von der Dienſtſtelle D 5 ſahndel auf die Gauner.

Öffentliches Flaggen am 11. August.

Eine Verordnung des Preußischen Staatsministeriums.

Auf Grund der Artikel 7 und 51 der Preußiſchen Verfaſſung und in Durchführung des Flaggengeſetzes vom März 1929 hat das Preußiſche Staatsminiſterium eine Verfügung erlaſſen, aus der wir das Wichtigſte wiedergeben.

Die Beflaggung der ſtaatlichen und kommunalen Dienſtgebäude ſowie der Gebäude der öffentlichen Schulen erſt in den Reichsſymbolen Schwarzrotgold und in den preußiſchen Landesſymbolen Schwarzweiß. Gemeinden mit eigenen Stadt- oder Provinzialſymbolen können dieſe neben den Reichs- und Landesſymbolen zeigen. Zu den Gebäuden der öffentlichen Schulen gehören auch die, an denen Religionsgeſellſchaften ſitzhaben. Es ſt zu beflaggen am 11. August, dem Verfaſſungstage, ohne beſondere Anordnung, aus beſonderen Anläſſen auf Anordnung des Staatsminiſteriums und aus örtlichen Anläſſen unter Genehmigung der zugehörigen Dienſtſtellen. In allen anderen Fällen iſt von einer Beflaggung abzuziehen. Inhaber von Dienſtwohnungen, die ſich in ſtaatlichen oder kommunalen Dienſtgebäuden befinden, dürfen von ihren Wohnungen aus nur dann, wenn das Dienſtgebäude ſelbſt beflaggt wird, und nur in den hierfür zugelassenen Farben flaggen. Von Dienſtwohnungen aus, die ſich nicht in Dienſtgebäuden befinden, darf gleichfalls nur in den bezeichneten Farben geflaggt werden. Für die Art der Beflaggung gelten dieſe Grundſätze: Iſt nur ein Flaggenmaſt vorhanden, ſo iſt an ihm ſtets die Reichsflagge Schwarzrotgold zu hiſſen, die preußiſche Flagge iſt, ſoweit ſich ein zweiter Flaggenmaſt nicht anbringen läßt, an bevorzugter Stelle als hängende Flagge anzubringen. Die Beſtimmungen finden auch auf das Flaggen durch andere Körperſchaften des öffentlichen Rechtes Anwendung. Bei Beflaggung von öffentlichen Straßen und Plätzen dürfen nur die im Anfang angeführten Farben zur Verwendung gelangen.

Die Verordnung des Staatsminiſteriums entspricht durchaus den Gefühlen der Mehrheit des preußiſchen Volkes, die reichs- und republiktreu iſt.

Milchfest des Waisenhauses.

Das Berliner Waiſenhaus Kummelsburg feierte am Montag das althergebrachte Milchfeſt, das alljährlich in den erſten Tagen des Juli wiederkehrt. Seinen Namen hat dieſes Feſt wohl davon, daß dabei die Kinder des Waiſenhauses mit Milch bewirtet wurden. Ein Spaziergang ins Freie hinaus wurde ſchon damals am Tage des Milchfeſtes regelmäßig veranſtaltet — und bis heute iſt es ſo geblieben, daß das Milchfeſt ein Ausflugsfeſt ſein muß. Dieſesmal ſuhren die zweihundert Kinder auf einem Sonderdampfer mit Muſik hinaus nach Waltersdorf, das hinter Gärtners an Waſſer, Wald und Berg anmutig liegt. Der Waiſenhausdirektor Sener und die Lehrer und Erzieher führten die fröhliche Schar. Für die nötige Feſttagsbekleidung hatte die Anſtalt reichlich geſorgt, und in Waltersdorf konnte man ſich auch an einer mit leckerem Kuchen beſetzten Kaffeetafel laben. Im nahen Wald entwickelte ſich dann ein luſtiges Treiben. Knaben und Mädchen ergötzen ſich an Reigenſpielen, Ballſpiel, Wettrennen uſw. Eine draßig nachgeahmte „Zirkusvorſtellung“ mit Clownſpielen rief in dem Ring der Zuſchauſteller Lachen hervor. Freundlich und heiter war der Anblick der Kinderſchar in ihren lichtfarbigen Kleidern, die in neuerer Zeit die Tracht der Waiſenhauskinder geworden ſind. Die ſoft bläuliche ausſehende Kleidung, die früher im Waiſenhaus üblich war, iſt abgeſchafft worden. Auch das gehört zu der Wandlung, die ſich in der Erziehungsweiſe des Waiſenhauses vollzogen hat. Freundlich und heiter will man heute den Kindern das Leben im Waiſenhaus geſtahten.

Auf Grund von Indizien.

Ein Brandstifter vor dem Schwurgericht.

Unter der Anklage, ſeine Wohnlaube in einer Kolonie bei Köpenick in Brand geſteckt und damit einen Verſicherungsbetrag verſucht zu haben, ſtand der Werkzeugdreher Friedrich Riedel, der jede Straftat energisch beſtritt.

Am 10. Juli 1928 brannte die Laube ab, und Riedel machte an die Feuerverſicherung Ansprüche von einigen tauſend Mark geltend. Es ließ ſich nicht feſtſtellen, ob der Brand zufällig entſtanden oder abſichtlich angelegt worden war. Riedel behauptete, daß feindliche Nachbarn in der Kolonie ihm das Haus angezündet haben müßten. Der Verdaht lenkte ſich aber immer mehr auf Riedel ſelbſt, ſo daß der Staatsanwalt Anklage erhob. Das Schwurgericht verurteilte ihn nach zweijähriger Verhandlung zu einer Zuchthausſtrafe von 1 Jahr. In der Begründung hob Landgerichtsdiſtriktſchneider heroor, das Gericht ſei gezwungen geweſen, aus der Kenntnis aller Umſtände einen Schluß zu ziehen, ob der Angeklagte der Täter ſei, da eine Brandſtiftung ſich im meiſten ohne Tatzeugen geſchehe. Das Gericht wäre ſich der Verantwortung bewußt, daß jedes Indiz täuſchen könne. Solange aber Menſchen Richter ſeien, gäbe es keinen mathematiſch ſicheren Beweis, ſo daß der Richter nur aus ſeiner vollen Ueberzeugung urteilen dürfe. Der Angeklagte hätte ſich während der Verhandlung in ſo viele Lügen verſtrickt, daß man ihm, der auch ſchon mehrmals vorbeſtraft ſei, wenig Glauben ſchenken könne. Beſonders ſchwerwiegend wären die Umſtände, daß er den Verdaht der Brandſtiftung auf alle Nachbarn, die gar keinen Grund zu ſo einer Tat hatten, abſchob und daß er ſein Eigentum, das nach Schätzung der Sachverſtändigen nicht viel mehr als tauſend Mark wert war, mit 4000 M. verſichert hat. Trotz der Behauptung des Angeklagten, daß er in durchaus geſicherten Verhältniſſen lebe, ſei es dem Gericht durch die Zeugen bewieſen, daß er in Armut gelebt hätte, da ſeine Frau auch ſeit langem krank und arbeitsunfähig war. Trotz ſchwerer Bedenken, dieſem Angeklagten die Mißdelſtrafe von einem Jahr Zuchthaus zu zuerkennen, ſei das Gericht doch nicht darüber hinausgegangen, weil die Strafe an ſich ſehr ſchwer ſei.

Man wird trotz dieſer Begründung betonen müſſen, daß jedes Urteil auf Indizien hin gefährlich und außerordentlich bedenklich iſt.

Ein Feſt der Alten.

Am vergangenen Sonntag veranſtaltete das Bezirksamt Prenzlauer Berg für ſeine Kleinentner und Wahljahriſempänger im Saalbau und Garten am Friedrichshain ein Feſt. Etwa 5000 hatten ſich eingefunden, die Alten ſelber mit ihren Freunden, Bekannten und Verwandten. Da ſahen ſie bei Kaffee und Kuchen im wärmenden Sonnenschein, und all die Fröhlichkeit und Wärme taten ihnen unendlich wohl. Die wenigen Stunden halfen ihnen, Leid und Rot von Jahrzehnten ein wenig zu vergeſſen. Ein hübsches, abwechslungsreiches Programm — der Koſtliche Bläſerchor, Geſang, Tanz und Artifiſt — ſorgte für die richtige Stimmung. Der Reinertrog des Feſtes, das in malerischer, vor allem auch in ideeller Beziehung ſo gut abgeſchnitten hat, ſoll zu einer ſommerlichen Dampferfahrt dienen.

Reise-Abonnements!

Unsere werten Leſer, welche während ihres Urlaubs Nachſendung des „Vorwärts“ wüſchen, werden im Interesse einer pünktlichen Belieferung gebeten, die Urlaubsadresse möglicht 1 Woche vor der Abreiſe mitzutellen, und zwar entweder der zugehörigen Ausgabestelle oder der Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenſtr. 3

Sehr richtig, Herr Minister!

Eine ungeeignete Koffbacheier.

Am 12. Mai wollten Kreisriegervereine in Halle und Umgegend zur Erinnerung an die Schlacht bei Koffbach auf dem ehemaligen Kampfgelände eine öffentliche Feier veranſtalten, die vor den Schulen beſonders vorgeführt werden ſollte. Der Oberpräſident der Provinz Sachſen verwahrte ſich gegen einen Unterrihtsausfall an den ihm unterſtellten Schulen und gab einen Erlaß heraus, in dem die Erwartung zum Ausdruck gebracht wurde, daß keine Schule an dieſer Veranſtaltung teilnehme. Ueber dieſes Verbot führte eine deutſchnationale Landtagsabgeordnete in einer kleinen Anfrage Beſchwerde.

Wie der Amtliche Preußiſche Preſſedienſt mitteilt, bezeichnet der preußiſche Kultusminiſter in ſeiner Antwort die geplante Veranſtaltung als gänzlich ungeeignet, den Schülern das geſchichtliche Ereignis dieſer Schlacht ſo nahebringen, wie anerkannte Grundſätze des Geſchichtsunterrichts es erfordern. Die geſchloſſene Teilnahme von Schülern an der Veranſtaltung kam nicht in Frage und iſt vom Provinzialſchulkollegium mit Recht verboten worden.

Teltows neue Kraftwirtschaft.

Vertrag mit der Deſſauer Gas.

Der Kreis Teltow hat ſeinem Geſtern von uns gemeldeten Vertrag mit den Charlottenburger Waſſerwerken einen Vertrag mit der Continentalen Gasgeſellſchaft in Deſſau folgen laſſen, durch den auch die Kraftwiſchaft des Kreiſes einheitlich und neu geregelt wird. Gemeinſam mit der Deſſauer Gasgeſellſchaft gründet der Kreis Teltow die „Teltower Kreiswerke G. m. b. H.“, die die Zentrale der Kraft- und Gaswiſchaft des Kreiſes werden ſoll. Die Continente Gasgeſellſchaft bringt alle Anlagen der Geſellſchaft zur Gas- und Stromerzeugung, die im Kreis vorhanden ſind, in die Teltower Kreiswerke G. m. b. H. ein. Daſelbe tut der Kreis Teltow mit den ihm gehörigen, zurzeit den Berliner Elektrizitätswerken und den Berliner Vororts-Elektrizitätswerken verpachteten Anlagen. Das Geſellſchaftskapital beträgt 6,4 Mill. M., wovon die Conti Deſſau und der Kreis je die Hälfte übernehmen.

Die Teltower Kreiswerke G. m. b. H. iſt eine gemiſcht-wirtſchaftliche Geſellſchaft, bei der ſich der Kreis offenbar den größeren Einfluß geſichert hat. Die Kapitalanteile ſind zwar hälftig verteilt, in dem aus mindestens ſechs Perſonen beſtehenden Aufſichtsrat ſtellt der Kreis Teltow jedoch den Vorſitzenden. Dem Kreis Teltow iſt auch ein entſcheidender Einfluß bei der Feſtſetzung der Tarife und Normen für die Gas- und Strompreiſe geſichert.

Der Kreis iſt berechtigt, nach 50 Jahren die der Continentalen Gasgeſellſchaft gehörenden Anteile zu erwerben. Die Betriebsführung der Teltower Kreiswerke G. m. b. H. ſoll durch die Deſſauer Gasgeſellſchaft erfolgen, worüber noch ein beſonderer Betriebsvertrag geſchloſſen werden ſoll.

Der Sparkassenandal von St. Ingbert.

Vor dem Schwurgericht von Saarbrücken begann heute der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der Stadtsparkaſſe St. Ingbert, Finanzrat Vireher, und den Koſtlicher Verwaltungsüberinſpektor Dmlor, die durch ihre Amtſtelligkeit an der Stadtsparkaſſe St. Ingbert den Zuſammenbruch der Stadt St. Ingbert verſchuldet haben ſollen. Die Anklage lautet auf ſorgloſe ſchwere Untreue im Amt und ſorgloſen Betrug ſowie gegen Dmlor auf ſorgloſe ſchwere Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Amtsuntreue. Man rechnet mit einer ſechstägigen Dauer der Verhandlungen. Der Schaden der Stadt St. Ingbert beträgt etwa 33½ Millionen Franken, von denen aber etwa ein Drittel noch zu retten ſein dürfte.

Mit ungenagelten Schuhen.

Der 24jährige Kaufmann Steiner und die 24jährige Trude Kleinnecht, beide aus Stuttgart, die zum Sommeraufenthalt in Hittesau im Bregenger Wald weilten, unternahmen am 28. Juni eine Bergfahrt auf den hohen Höderich. Da ſie am folgenden Tage nicht zurückkehrten, wurde eine Streife unternommen. Beide wurden abgeſtürzt und tot aufgefunden. Der Abſturz dürfte in der Weiſe erfolgt ſein, daß ſie mit ihren ungenagelten Schuhen im Gras ins Rutschen kamen und 150 bis 200 Meter das nicht ſehr ſteile, aber feſtge Gefände hinunterfielen.

Omnibusausflüge während der Ferien.

Die Verkehrsabteilung der BVG. teilt mit, daß mit Beginn der Ferien für den Ausflugsverkehr an Werktagen folgende Maßnahmen getroffen ſind:

Von Mittwoch, dem 3. Juli, an fahren bei günſtigem Wetter Omnibusſe täglich vom Bahnhof Zoo nach Schildhorn ab 9 Uhr halbtündlich, nach Gladow ab 12 Uhr halbtündlich, nach Redlich ab 13 Uhr ſtündlich. Sonnabend vom Slettiner Bahnhof nach Wandluffsee ab 12 Uhr ſtündlich. Sonderfahrten: Mittwochs und Sonnabends 14 Uhr ab Bahnhof Zoo nach Wellenſee. Dienſtags und Donnerstags 14 Uhr ab Bahnhof Zoo nach Strausberg. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 5 M. Rückfahrt 20 Uhr.

Kein Zusammenbruch der „Devo“.

In Rechtsblättern iſt eine Nachricht verbreitet worden, wonach die Devo (Deuſche Volkserholungsheime Berlin) ſammengebrochen ſei. Dabei wurde natürlich erwähnt, daß die Devo von der Stadt Berlin einen größeren Kredit erhalten hat. Die Nachricht trifft, wie durch den Berliner Magiſtrat mitgeteilt wird, nicht zu. Allerdings hat das Geſchäft der Devo, die mit billigen Penſionspreiſen bis zu 4 M. pro Tag arbeitet, unter der ſchlechten Vorjaſon gelitten. Von einem Zusammenbruch kann aber keine Rede ſein. Vielmehr wird das Unternehmen im Herſt 1929 in eine Hotel- und Kurhaus-L.G. übergeführt, die auch die Ansprüche der bisherigen Beteiligten übernimmt.

Keine Reise ohne

SALAMANDER

Schuhe und Strümpfe



Entscheidungen im Ferngaskampf.

Der Kampf um Hesse und seine höhere Bedeutung.

Am 4. Juli soll die Generalversammlung der hessischen kommunalen Ferngasgesellschaft (Hefoga) stattfinden. Wenn auch, wie es scheint, an diesem Tage noch keine endgültige Entscheidung darüber fallen wird, ob man das Angebot der Ruhrzechen für die Versorgung Hessens mit Ferngas annehmen soll oder nicht, so wird doch mindestens eine entscheidende Klärung der Frage gesucht werden. In Hesse selbst ist man bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein der Bedeutung der zu treffenden Entscheidung bewußt geworden. Für die ernstlichen Bedenken, die gegen einen Vertrag mit den Ruhrzechen dort lebendig geworden sind, spricht eine Entschließung des Landesauschusses der hessischen Demokratischen Partei, die vor ganz wenigen Tagen vorüberlichen Schritten warnt. Die Entschließung vermahnt sich dagegen, die rein wirtschaftliche Betrachtungsweise des Augenblicks ausschlaggebend sein zu lassen und spricht aus, daß dem künftigen wirtschaftlichen Zusammenstoß des Rhein-Main-Gebietes Rechnung getragen werden müsse. Gegen die vertragliche Bindung an die Ruhrgas A.-G. bestünden deshalb die schwersten Bedenken. Diese Entschließung ist gefaßt worden nach Ablauf des Verwirrungsmanövers, das gegen die Stadt Frankfurt als der Führerin des kommunalpolitischen Zusammenschlusses Südwesdeutschlands in der Ferngasfrage von einseitig privatrechtlich interessierten und ruhrfreundlichen eingestellten Leuten inszeniert worden ist. Man kann daraus schließen, daß man auch in Hesse erkannt hat, daß es sich um ein bewußt aufgelegtes Verwirrungsmanöver gehandelt haben muß, das nur dazu diente, den Ruhrinteressenten das Fischen im trüben zu erleichtern. Es handelt sich um ernste Entscheidungen von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung, die in Hesse fallen. Darum wollen wir heute auch nur die allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte behandeln, die für die hessische Frage von Bedeutung sind.

Das Sortenproblem heute ein frommes Märchen.

Da ist zunächst die ganz allgemeine Frage, ob es wahr ist, daß eine Gasfernversorgung von den Kohlenzechen aus zur Lösung der Krise im Steinkohlenbergbau entscheidend beitragen kann. Die Ruhrzechen behaupten, und die Öffentlichkeit glaubt teilweise immer noch daran, daß durch den Verkauf von großen Ferngasmengen über weite Strecken das sogenannte Sortenproblem gelöst werden müsse. Davon ist aus einem sehr einfachen Grunde keine Rede mehr. Nicht deshalb, weil es etwa keine Kohlentrisse gibt, die gibt es in der Tat, nur ist sie eine internationale Erscheinung und eine Folge technisch-wirtschaftlicher Veränderungen in der Wärme- und Kraftwirtschaft überhaupt. Sondern deshalb, weil es heute kein Sortenproblem mehr gibt. Es gibt heute keine schwer absehbaren minderwertigen Kohlenarten mehr, deren Verwertung zur Schwachgasferzeugung das Koksofengas freimachen würde und damit die Konkurrenzfähigkeit der auf dem Kohlenmarkt verwerthbaren Kohlen erhöhen könnte. Das Sortenproblem war einmal ein Problem; heute aber ist das Sortenproblem ein volkswirtschaftliches Märchen, mit dem man sich nicht mehr zu beschäftigen braucht. Die sogenannte Feinkohle gehört heute zu den gesuchtesten Kohlenarten überhaupt, die Feinkohlenpreise werden herausgeholt, und die Nachfrage kann heute kaum mehr befriedigt werden. Die Zechen selbst sind aber ein einwandfreier Zeuge dafür, daß es kein Sortenproblem mehr gibt, denn am 10. April d. J. hat im Reichskohlenrat Berghauptmann Bennhold ausgesprochen, daß das Problem des Kohlenbergbaus das Absatzproblem überhaupt ist, nicht aber ein Sortenproblem.

Was heute die Ruhrzechen mit dem Verkauf von Koksofengas auf weite Strecken wollen, ist etwas ganz anderes, und das wird auch ausgesprochen. Die Ruhrzechen suchen heute die Möglichkeit, die Kohle nicht mehr als Brennstoff, sondern als Rohstoff zu verwerten, das heißt, daß man die Vorteile der Veredelung der Kohle dem Steinkohlenbergbau zuführen und diese Vorteile möglichst umfassend und fruchtbringend machen will. Dem Steinkohlenbergbau drohen aus dem in den letzten Jahren außerordentlich überspannten Bau von Koksöfen große Gefahren und Verluste. Von 1926 bis zum Frühjahr 1929 sind 2770 neue Koksöfen errichtet worden mit einem Aufwand von weit über einer Drittel Milliarde. Diese Koksöfenbauten, die eingestandenemmaßen aus einer Fehlkonstruktion des Syndikatsvertrages so massenhaft geworden sind, sollen für die Zukunft rentabel gemacht werden; dieser Rentabilisierung der Koksöfenwirtschaft soll auch die Förderung des Gasabfuges der Zechen dienen. Und das ist keineswegs etwas Neues. Es war vielmehr der Ausgangspunkt der Ferngaskampagne der Ruhr überhaupt. Von hier aus entstand erst der gigantische Plan, ganz Deutschland zum Käufer von Ruhrfern-gas zu machen.

Als dieser Plan mißlang, als es unmöglich schien, den Plan auf einen Anheb, in sehr kurzer Zeit, unter Ausschließung jeder öffentlichen Diskussion durchzuführen, wie Dr. Böglert Ende 1926 in Berlin es verlangte, als der Widerstand der Städte wuchs, als die regionale Gruppenfernversorgung immer größere Ausdehnung gewann, da steckten sich die Ruhrzechen kleinere Ziele. Man begnügte sich mit Lieferungsverträgen von sogenanntem Spitzen- oder Zusatzgas und versprach, daß man wirtschaftlich arbeitende Gaswerke keineswegs stilllegen wollte. Aber das Ziel der Ruhrzechen ist daselbe geblieben. Was man im Augenblick nicht schaffen kann, das will man in einer Generationsdauer, in einer dreißigjährigen Frist, für die die Spitzenlieferungsverträge abgeschlossen werden, um so sicherer schaffen.

Die Monopolegefahr in der Wärmewirtschaft ist ernst.

Ran könnte es auf den ersten Blick als volkswirtschaftlich durchaus vernünftig scheinen, den Steinkohlenzechen die Chance zu geben, durch Vollauswertung des Rohstoffes Kohle die Rentabilisierung der Kohlenwirtschaft zu fördern. Aber gerade die volkswirtschaftliche Betrachtung lehrt, daß diese scheinbare Chance für den Steinkohlenbergbau keine Chance für die Volkswirtschaft ist. Alle Spitzenlieferungsverträge, die die Ruhrgas A.-G. in Essen anbietet, sind darauf abgestellt, von einem bestimmten Punkte an die Abgabevermehrung ausschließlich den Ruhrzechen zugute kommen zu lassen und die industrielle Gasversorgung der Zechengaslieferung zu reduzieren mit dem Ergebnis, daß nicht nur alle technisch wirtschaftlichen Vorteile der Zukunft den Ruhrzechen allein zugute kommen, sondern daß mit Sicherheit auch späterhin die gesamte Gaslieferung der Vertragspartei den Ruhrzechen überantwortet wird.

Dazu kommt die Gefahr der vollständigen Monopolisierung der Wärmewirtschaft überhaupt. In dem gleichen Maße, in dem die Ruhrzechen sich in der deutschen Gaswirtschaft ausbreiten, vollendet sich die privatrechtliche Herrschaft auf dem ganzen Gebiet der deutschen Koksversorgung und der Nebenproduktwirtschaft. Es ist vergeblich, wenn die Vertreter der Ruhrgas A.-G. diese Gefährdung der Gesamtwirtschaft, die in der Monopolisierung der Koks- und Nebenproduktwirtschaft liegt, abzustreiten versuchen. Die Kohle

aus einem Brennstoff zum Rohstoff zu machen, hätte unter den heutigen kohlwirtschaftlichen Verhältnissen gar keinen Sinn, wenn nicht auf die Dauer die monopolistische Bewirtschaftung der gesamten Kohlenverwertung das Ziel wäre.

Das Arbeiterinteresse kann keine Monopolwirtschaft wollen.

Wenn man das alles berücksichtigt, so ist auch für die Bergarbeiter nicht zu erwarten, daß eine Ferngaslieferung großen Stils von den Zechen aus die Voraussetzungen für die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen verbessern könnte. Das Zechensterben der letzten Jahre, der teilweise Abbau der Belegschaften haben mehr Gott mit der ungenügenden Gasabgabe der Zechen, nachdem von einem Sortenproblem nicht mehr zu reden ist, nichts zu tun. Das Zechensterben ist eine Folge des internationalen Charakters der Kohlentrisse und der durch die Verschiebungen in der Wärmewirtschaft erforderlich gewordenen Rationalisierung zum Zweck der Kostenreduzierung.

Im Ruhrgebiet beträgt die Gesamtbelegschaft gegenüber 1913 nur noch 86 Proz.; dabei ist die Ruhrkohlenförderung heute bereits absolut ebensogroß wie 1913, und auf der anderen Seite hat sich der Schichtlohnanteil der Untertagearbeiter gegenüber 1913 auf 133 Proz. erhöht. Da kein Sortenproblem mehr besteht, wie im Reichskohlenrat selbst festgestellt werden mußte, so besteht auch keinerlei Hoffnung, daß die Belegschaft durch Ferngaslieferungen vermehrt werden könnte. Was aber durch die Monopolisierung der gesamten Kohlen-, Koks- und Nebenproduktwirtschaft bestenfalls erreicht werden könnte, das würde sich der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entziehen und würde für die Rentabilisierung einer unwirtschaftlich überspannten Koks- und Nebenproduktwirtschaft gepfeift werden. Da aber schließlich die deutsche Gesamtwirtschaft höhere Koks-, höhere Nebenproduktpreise und schließlich auch höhere Kohlenpreise bezahlen müßte, würde sich auf die Dauer das von den Ruhrzechen heute über die Ferngaslieferung angestrebte Kohlenmonopol gegen die Bergarbeiter selbst richten müssen.

Ist doch die Ruhrgas A.-G. in Essen heute schon eigentlich das Gasyndikat der Ruhrzechen, ein Gasoligo, zu dessen kartellmäßig monopolistischer Wirkung nur die ausreichende Größe des Gasabfuges fehlt und dessen monopolistische Funktion sich in der Zukunft mit Zechenkoks- und Nebenproduktkontoren in demselben Maß vereinigen würde, in dem die ganze Kohlenwirtschaft monopolistisch würde. Schon heute aber leistet das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat diesem in der Ruhrgas A.-G. verborgenen Gasyndikat dadurch Hilfsdienste, daß bei den letzten Kohlenpreiserhöhungen gerade die von den konkurrierenden fähigen Gaswerken gebrauchten Kohlenarten relativ am stärksten verteuert werden.

Aber auch vom Standpunkt der Gemeindefinanzen.

die unter dem Druck der Reparationen volkswirtschaftlich wahrlich nicht leicht genommen werden dürfen, bestehen die schwersten Be-

Reichsbank Ende Juni.

Trotz Belastung am Halbjahreschluß 47 Proz. Notendeckung

Unsere Erwartung, daß sich die weitere Entwicklung in der Anspruchsannahme der Reichsbank nach der erfolgreichen Beendigung der Pariser Verhandlungen sehr günstig gestalten wird, trifft in einem überraschend starken Maße zu. Die Reichsbankbilanz zum 30. Juni ist eine kritische Bilanz in dem Sinne, daß zum Halbjahreschluß die Geldanlagen der Banken und öffentlichen Stellen immer besonders stark sind. Der Zahlenausweis der Reichsbank ist aber so unverkennbar günstig, daß es nicht einmal eines Vergleiches dieser Ziffern mit früheren Monaten oder Jahren bedarf.

Insgesamt wurden von der Reichsbank Kredite im Betrage von 621,4 Mill. verlangt. Es wurden 413,9 Mill. Wechsel zum Reduktant eingereicht, so daß sich der Wechselbestand auf 2843,0 Mill. erhöhte. Der Bestand an Reichsschatzwechseln erhöhte sich um 108,7 auf 158,1 Mill., und die Lombardbestände stiegen um 101,7 auf 194,3 Mill. Einen erheblichen Teil dieser Kreditanforderungen wird man aber noch auf das günstige Zinsverhältnis zurückführen dürfen, das für die Kreditnehmer zwischen dem niedrigen Reichsbankzins für Wechsel und Lombardkredite einerseits und den bis zum 1. Juli von den Banken erzielten erhöhten Zinseinnahmen andererseits besteht. Daß keinerlei Geldknappheit gegenwärtig vorhanden ist, so daß also die heute noch hohen Zinssätze auf internationale Verhältnisse zurückzuführen sind, ergibt sich daraus, daß in ganz außergewöhnlicher Weise die unverzinslichen Gelder der Reichsbanklandwirtschaft auf Girokonto sich zum 30. Juni noch um 52,1 auf 631,3 Mill. erhöht haben.

Der Notenumlauf ist um 769,6 auf 4836,6, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 25,0 auf 499,3 Mill. gestiegen. Die Erhöhung des Papiergeldumlaufes ist größer, als sich aus der Neuansforderung von Krediten und den Einzahlungen auf Girokonto rechtfertigt. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die von der Reichsbank in der letzten Juniwoche durchgeführten erheblichen Goldkäufe teilweise auch gegen Reichsmark erfolgt sind.

Die bedeutende Erhöhung der Goldbestände ist denn auch das wichtigste Merkmal des Halbjahresultimes bei der Reichsbank. Die Goldbestände sind um 147,0 auf 1911,4 Mill. angewachsen; gleichzeitig sind aber auch die Bestände an dedungsfähigen Devisen um 29,7 auf 360,5 Mill. W. gestiegen. Daraus ergibt sich eine sehr erfreuliche relative Verstärkung der Notendeckung. Durch Gold allein waren am 30. Juni die umlaufenden Noten mit 39,5 gegen 43,4 Proz. in der Vormoche gedeckt, die Deckung der Noten durch Gold und dedungsfähige Devisen ging von 51,5 auf nur 47,0 Proz. zurück. Das Dedungsverhältnis bei der Reichsbank ist heute wieder annähernd so günstig, wie vor etwa einem Jahre, wo die Gold- und Devisendeckung der Noten zum gleichen Zeitpunkt 49,9 Proz. betrug.

Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß es wahrlich nicht nötig gewesen wäre, die Reichsbank in eine so bedrohliche Lage hineinzubringen, wie es während der Pariser Verhandlungen bedauerlicherweise geschehen ist.

Bata in Deutschland.

Der tschechische Schuhkonzern Bata scheint sich Deutschland als Feld besonderer Aktivität ausgesucht zu haben. Er will nicht nur in Deutschland Verkaufsstellen für seine Schuhe errichten, sondern er will auch, wie jetzt gerade im Gange ist, gemeinsam mit der tschechischen Strumpffabrik Schwarda in Rosenhof bei Teplitz in Deutschland eine Strumpffabrik errichten, die sämtliche Verkaufsstellen Batas in Deutschland beliefern soll. Mit billigen Strümpfen scheint Bata also die Zugkraft seiner Schuhe noch erhöhen zu wollen.

denken gegen die Verkümmern der öffentlichen Gaswirtschaft. Es ist heute so, und es wird in der Zukunft kaum anders sein, daß die Städte auf jene indirekten Steuern, die sie leider im Verteilerpreis für Gas erheben, nicht werden verzichten können. Wird eine kommunale Gruppenfernversorgung durchgeführt, so bleiben alle finanziellen Vorteile des sich erweiternden Abfuges und der technischen Vervollkommen der Gasferzeugung in der öffentlichen Hand gewahrt, und auf irgendeinem Wege kommen diese finanziellen Vorteile den Stadt- und Gebietsverwaltungen, wo die Konsumenten sitzen, wieder zugute. Auf der anderen Seite können die Spitzenlieferungsverträge, wie sie die Ruhrzechen heute anbieten, zwar im Augenblick vielleicht einen minimalen Preisvorteil gewähren, dieser Preisvorteil aber, bei dem Ruhrangebot an die Hefoga beispielsweise ein halber Pfennig, wäre ein einmaliger und würde sich im Gaspreis kaum selbst auswirken. Dafür aber würden bei steigendem Absatz die Einnahmen der Städte, während sie früher abfolut und relativ durch Mehrabsatz und technische Verbesserungen gesteigert werden konnten, nur noch im Prozentverhältnis der Absatzsteigerung wachsen können. Während die öffentliche Wirtschaft und damit die Städte früher in demselben Maße größere Einnahmen erzielen konnten, als die Veredelung und Verbilligung der Gasferzeugung die Kosten senkte, werden alle Vorteile der Kostenreduzierung in der Zukunft ausschließlich den liefernden Zechen zugute kommen.

Dazu kommen die gar nicht absehbaren Nachteile in der Versorgung der Verbraucher und der Industrie, die sich aus der wachsenden Monopolstellung der Zechen in der Koks- und Nebenproduktwirtschaft ergeben. Es scheint überdies nur so, daß bei Voll- oder Spitzenlieferungsverträgen für Ferngas Städte und Städteverbände Kapital für Rohrleitungen und Kompressoren sparen könnten. Was hier gespart zu sein scheint, das übertreibt sich in dem Verzicht auf sonst sichere Einnahmen der Zukunft. Volkswirtschaftlich ist es ganz gleichgültig, welche Stelle die Rohrleitungen baut und dafür Kapital aufwendet. Mit Sicherheit wird aber, wenn es die öffentliche Hand statt des auf monopolistische Ziele bedachten Zechenkapitals tut, und zwar in bewusster Konkurrenz und zur Verhinderung des Monopols, der volkswirtschaftliche Nutzen durch die Aufrechterhaltung des Konkurrenzverhältnisses auf allen Gebieten der Kohlen-, Koks- und Nebenproduktwirtschaft größer sein.

Das Gesamtinteresse muß entscheiden.

Das sind auch die Gesichtspunkte, nach denen die Entscheidung in Hesse zu treffen sein wird. Die in Hesse jetzt zu diskutierende, von den Städten Rannheim und Frankfurt vorgeschlagene öffentliche Produktionsgemeinschaft für das südwesdeutsche Gebiet unter Heranziehung des Saargebietes aus wohlerwogenen politischen und gebietsnachbarlichen Gründen enthält alle Merkmale, die für eine vernünftige volkswirtschaftliche Lösung charakteristisch sind. Der ebenfalls zur Diskussion stehende Lieferungsvertrag mit der Ruhrgas A.-G. enthält alle Merkmale, die dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse heute und in der Zukunft abträglich sind. Von der Entscheidung in Hesse hängt es ab, was im ganzen Rheinland, was in Süddeutschland geschehen wird. Und so muß gehofft werden, daß nicht kurzfristige Augenblicksüberlegungen und der Bequemlichkeitsstandpunkt zu einer Entscheidung führen, die verantwortungsbewußte Vertreter der öffentlichen Wirtschaft und des gesamtwirtschaftlichen Interesses niemals gutheißen können.

Es sieht aber so aus, als ob man sich in Deutschland über die Qualität der Bataischen Schuhe nicht ganz einig ist. Von einem deutschen Bericht soll nämlich eine einseitige Verfügung erlassen worden sein, durch die der Romeo-Schuh-A.-G., die Bata gekauft hat, und die den Bataischen Schuhvertrieb in Deutschland durchzuführen soll, untersagt wird, „bestimmtes minderwertiges Schuhwerk unter irreführenden Bezeichnungen feilzubieten“. Das Gericht hält die Ver Spiegelung falscher Tatsachen für möglich.

Handelskammern über Wirtschaftslage.

Allgemeine Besserung. — Hemmung durch teures Geld.

Der Junibericht der preussischen Industrie- und Handelskammern zeigt für nahezu alle Gewerbezweige gleiche Tendenzen: leichte Besserung gegenüber dem Vormonat, besonders im Auslandsgeschäft, und noch vorhandene Hemmung infolge Geldknappheit. Der Massenverbrauch läßt wegen der im Vergleich zu den Vorjahren immer noch hohen Arbeitslosigkeit den wünschenswerten Aufschwung vermissen.

Im Bergbau ist eine Zunahme der arbeitstätigen Förderung gegenüber Mai von 402 517 Tonnen auf 404 214 Tonnen festzustellen. Wenn auf dem Inlandmarkt die Nachfrage der Industrie unsicher ist, so ist das Hausbrandgeschäft infolge der Sommerrebate recht flott. Der Absatz des Syndikats in bestrittenen Gebieten ist von 128 000 Tonnen arbeitstätig im Mai auf 132 000 Tonnen im Juni gestiegen, da die Nachfrage auf dem Weltmarkt lebhafter geworden ist.

Eine Belebung des Inlandmarktes der Großeisenindustrie hat die angespannte Lage des Geldmarktes bisher verhindert. Aber der Auslandsmarkt erlaubt bei höheren Preisen noch größere Verkäufe, besonders für Roheisen, Halbzeug, Formeisen und Röhren.

Die Lage der Maschinenindustrie hat sich allgemein gebessert. Nur der Landmaschinenbau erreichte noch nicht den saisonmäßigen Umfang. Nachfrage und Absatz in der chemischen Industrie werden als gut bezeichnet. Der elektrotechnischen Industrie sind einige größere öffentliche Aufträge erteilt worden. Der Zeugenerbe konnte den Ausfall der Frühjahrsmonate noch nicht einholen, ist auch durch Finanzierungschwierigkeiten gehemmt.

In der Bekleidungsindustrie ist das Sommergeschäft zu Ende, und das Wintergeschäft hat bei der Vorfrist und Zurückhaltung der Abnehmer noch nicht eingesetzt. Die Lage des Schuhhandels ist günstig. „Was die Auslandskonkurrenz betrifft, so hielt die Ungunsten der deutschen Fabriken eingetretene Besserung an.“ Das ist wichtig gegenüber den Forderungen der Schuhindustrie.

Gegen die Tarifserhöhung der Reichsbahn protestiert in einer Entschließung der Verband tschechischer Industrieller, weil gerade die tschechische Industrie als die Herstellerin von Fertigungsgütern in jeder Hinsicht noch so geringen Tarifserhöhungen eine weitere Einschränkung ihrer ohnehin stark beschränkten Konkurrenzfähigkeit erbitten müßte. Daß Reichstag und Reichsregierung sich gegen eine Tarifserhöhung ausgesprochen haben, wird begrüßt.

Opel will eine Gummiabrik errichten. Die amerikanische Opelwerk hat schon bei ihrer heutigen großen Autoproduktion naturgemäß einen riesigen Bedarf an Gummi und besonders an Gummireifen. In der Gummireifenindustrie wird die Restellierung und Monopolisierung immer härter. Das scheint Opel dazu gebracht zu haben, sich durch eigene Produktion unabhängig zu machen. Verhandlungen mit einer deutschen Gummiabrik haben sich zerlegt. Jetzt soll Opel Gelände gekauft haben, um selbst eine eigene Gummiabrik zu errichten.

Henry Hellssen: La Bella Aragona

(Schluß)
VI.

Dolores und Riquel überdrückten Don Fernando das Telegramm. Selbst Donna Christina Jabella — sie stammte aus dem Hause Habsburg — hatte sich aus dem blauen Salon in den Staatsratsaal locken lassen. Sie stand an der Seite ihres Gemahls unter Tiepolos Deckengemälde und schob das starke Kinn, das Merkmal ihres Geschlechts, noch weiter vor. Das Telegramm war sehr lang. Don Fernando konnte darin seinen Zusammenhang finden, und Dolores mußte es ihm vorlesen. Es enthielt eine Aufforderung der provisorischen Regierung Silvaniens, so schnell wie möglich zu kommen und den Thron zu besteigen. Es wurde nur eine Bedingung gestellt: Don Fernando mußte versprechen, niemals an der bestehenden Verkehrsordnung zu rütteln.

Er nahm nun die Stellung ein, die sein Urgroßvater, der große Feldherr, auf historischen Bildern hatte, und wandte sich an Dolores:

„Das ist ein großer Augenblick. Sie, Ihre Hoheit, werden selbstverständlich wieder in die Rechte der Altavilla eintreten.“

Don Fernando wandte — ohne seine Denkmalsstellung zu ändern — den Kopf Riquel zu:

„Die Compoamor haben meinem Hause während der Verbannungsjahre treu gedient. Ich wünsche Ihrer Hoheit einen Beweis meiner Gnade zu geben. Haben Sie einen Wunsch, dann bringen Sie ihn vor.“

Riquel, in dessen Hirn nur ein Ding Platz hatte: seine augenblickliche Verliebtheit, neigte sich tief vor Donna Christina Jabella: „Ich bitte um die Erlaubnis, Ihrer Majestät die große Künstlerin vorzustellen, die sich augenblicklich in Venedig aufhält: La bella Aragona.“

Donna Christina Jabella sandte ihm einen tödlichen, aber stummen Blick, drehte sich um und schritt in einer Gangart aus dem Saal, die sie nicht angewandt hatte, seitdem sie in der Prozession der Erzherzoginnen das blaue Parkett der Burg beim Hofball gewandert war.

VII.

In Don Fernandos Namen sandte Dolores ein Telegramm an Silvaniens provisorische Regierung: Seine Majestät ginge auf ihre Bedingungen ein und würde schon am nächsten Tage Venedig verlassen. Das Telegramm verschlang das letzte Geld aus dem abgenutzten, kleinen Portemonnaie der Herzogin von Altavilla.

Plötzlich erschollen Rufe vom Kanal her. Viele Gondeln legten gleichzeitig vor den umspülten Treppen des Palazzo Loredan an. Die Herren der Weltpresse stürmten das Haus. Filmoperatoren stellten ungeniert ihre Rückenbeine in dem Staatsratsaal auf. Fotografen mit gewöhnlichen Kameras, die sie frech vor die Nase des künftigen Herrscherpaares von Silvanien hielten, knipsten los. Magnesiumbomben explodierten. Die Korrespondenten schrien durcheinander, und Don Fernando sagte zu allen:

„Das ist ein großer Augenblick!“

Als wieder etwas Ruhe im Palast herrschte, ging Dolores zum Herzog von Compoamor, Riquels Vater, hinauf, um mit ihm in feiner Eigenschaft als Oberster Hofmarschall zu besprechen, was jetzt zu tun wäre. Riquel selbst war in Richtung des „Grand Hotel“ und der bella Aragona verschwunden.

Es stellte sich heraus, daß das Hofzeremoniell im Hinblick auf den großen Hofstaat und die reichen Mittel, die im Anhang der Verbannung im Palazzo Loredan vorhanden waren, ausgearbeitet war. Der erste Punkt des Programms war ein Teedeum und ein Dankgottesdienst in der Hauskapelle. . . aber Dolores hatte schon hier ihre Bedenken: Der eigene Kaplan und Beichtvater des Hofes, der lebensmüde Vater Pedro, war kindisch geworden und flocht das letztemal, als er die Messe las, kleine scherzhafte Bemerkungen über die Anwesenden ein, nannte Don Fernando Kaiser Nero und forderte Donna Christina Jabella auf, das Kinn einzuziehen. Man wollte sich nicht einer Wiederholung der Katastrophe aussetzen. Der nächste Punkt war eine Galatafel. In dem Keller des Palastes lag Wein, den eine Deputation von Fernandisten — als es welche gab — von Silvaniens Bergen überbracht hatte: Der Wein sollte erst getrunken werden, wenn die Stunde der Heimkehr schlug. Man konnte sich jedoch nicht mit Wein begnügen. Man benötigte auch etwas zum Essen. Dolores begriff: es mußte gehandelt werden.

VIII.

Zuerst telephonierte sie an den Bahnhof und bestellte einen Salonwagen, der am nächsten Vormittag an den Schnellzug über Mailand angehängt werden sollte. Dann ließ sie aus einem Geschäft am Rialto Wachstichter, gebratene Hühner, verschiedene kalte Pasteten, Obst und Gebäck nach dem Palazzo Loredan schicken. Sie zog ihr einziges Abendkleid an, mit dem sie immer ins Theater ging: es war schwarz, ohne Ärmel und sehr einfach. . . Riquel hatte sie nie darin gesehen, aber sie mußte aus der Art, womit andere Männer sie betrachteten, daß es sie klebete.

Man ging zu Tisch unter Beobachtung strenger Etikette. Zum ersten Male seit langer Zeit lag etwas in den Silberschüffeln. Don Fernando erhob beim kalten Huhn sein Glas und trank auf das Wohl des Vaterlandes. Alles war aufgefunden und trank mit, und es sah aus, als ob die Pokale mit den gekrönten Monogrammen mit bitterer Medizin gefüllt waren. Der Wein, der erst zur Stunde der Heimkehr auf den Tisch kommen sollte, hatte zu lange gelagert: er war sauer geworden!

Riquel nahm nicht an der Tafel teil. Er stand in den Kulissen im „Teatro Rialto“ und sog La bella Aragonas Parfüm ein, während sie nur wenige Schritte von ihm im Rampenlicht — das Lied von dem südhafnen Mädchen sang, das der Madonna Blumen bringt. Es war ihr letztes Auftreten in Venedig. Im Palazzo Loredan war man so taktvoll — nach dem kleinen, bedauernden Incident am Nachmittage — gar nicht zu fragen.

IX.

Dolores stand am Fenster und sah auf den Canale Grande hinaus. Es war am nächsten Morgen. In dem Palast herrschte die Verwirrung des Aufbruchs. Don Fernando empfing gerade unter Tiepolos Deckengemälde den Präfecten von Venedig, der sich verabschieden und die guten Wünsche der Stadt für die Zukunft überbringen wollte.

Fürchterlich war die Nacht unter diesen Menschen gemessen. Jeder glaubte seinerseits, die anderen müßten außer sich vor Entzücken sein, während sie selbst allein Grund hätten, sich über das

Schicksal zu beklagen, das sie nun zwang, den Traum mit der Wirklichkeit zu vertauschen. Don Fernando willigte ein, zurückzukehren mit Rücksicht auf seine Umgebung. Seine Umgebung verließ Venedig nur mit Rücksicht auf ihn! Dolores erinnerte sich plötzlich eines Ausspruchs in „Lady Windermeres Fächer“. Sie hatte vor kurzem Maria Melato in Oskar Wildes Komödie im „Teatro Goldoni“ spielen sehen: „In dieser Welt gibt es nur zwei Tragödien. Die eine besteht darin, nicht das zu bekommen, was man wünscht. Die andere besteht darin, es zu bekommen. Letztere ist eine wirkliche Tragödie!“

X.

Ganz Venedig war auf den Belmen oder vielmehr in den Gondeln, um Don Fernandos und Donna Christina Jabellas Abreise zu sehen. Man rief: „Covida!“ auf dem Canale Grande. Man warf ihnen Blumen von den Balkonen der Paläste zu. Die beiden alten Leute sahen steif wie Säulen auf den verblühten Postern. Sie waren nicht daran gewöhnt, draußen im Tageslicht zu sein, und die Sonne stach ihnen in die Augen. Donna Christina Jabella, die nur im Halbdunkel der Kirche zu verkehren pflegte, hatte das Gefühl, daß ihr Hut nicht ganz der Situation entsprach. Aber sie schob den Unterkiefer trotzig vor, und auf ihn lenkte man zunächst seinen Blick.

Auf dem Bahnhof hatte man den königlichen Wartesaal geöffnet und rote Läufer über den Bahnsteig bis zum Trittbrett des Salonwagens gelegt. Es waren noch ungefähr zehn Minuten bis zum Abgang des Zuges. Die Photographen arbeiteten unter Hochdruck. Venedigs zivile und militäre Behörden hatten sich mit wehenden Federbüschen und goldstrotzenden Epauletten eingefunden.

„Das ist ein großer Augenblick,“ sagte Don Fernando zum Vertreter des Königs von Italien, und gleichzeitig kam La bella Aragona an der Gruppe auf dem roten Läufer vorbei. Sie hatte ihr Gastspiel in Venedig beendet und begab sich jetzt nach Paris. Ihr privater Salonwagen war an den Schnellzug etwas entfernt von dem des silvanischen Königspaares angetupelt.

Dolores sah Riquel an, und Riquel sah La Bella Aragona an. In diesem Augenblick näherte sich ein Eisenbahnbeamter mit einem Papier in der Hand: Es wäre nur eine Formalität — er grüßte militärisch —, aber man hätte vergessen, den Salonwagen zu bezahlen. Eine Kleinigkeit: 7665 Lire und 85 Centesimi.

Dolores und Riquel sahen sich beide an. Don Fernando schielte ängstlich nach ihnen. Er hatte die Summe nennen gehört, und nur mit Mühe — im Hals sah ihm plötzlich ein Kloß — konnte er zu dem Kommandanten von Venedig sagen:

„Das ist ein großer Augenblick.“

Donna Christina Jabella biß sich in die Unterlippe. Das war ein akrobatisches Kunststück, das sie nur im allerhöchsten Affekt aus-

zuführen imstande war. Die anderen in der Gruppe hatten nichts bemerkt.

Dolores wollte gerade stammeln, sie würde das Geld schicken, sobald sie an die Grenze Silvaniens gekommen wären, aber der Eisenbahnbeamte hatte schon die Hand einlassend ausgestreckt:

„Sie verstehen,“ sagte er, „der Salonwagen sollte eigentlich schon gestern bezahlt worden sein. . . Die Bestimmung schreibt vor. . .“ als plötzlich Riquel, dessen Blick wieder zu La bella Aragona wanderte, unterbrach:

„Einen Augenblick!“

Er lief auf das Abstellfenster zu, wo die Sängerin mit dem schlechten internationalen Ruf sich vorbeugte, um mit einem gutmütigen Lächeln die Gruppe auf dem roten Läufer zu betrachten.

„Wo kauft man überhaupt so einen Hut?“ fragte sie und nickte fast unmerklich nach der Seite, wo Donna Christina Jabella stand. Als Riquel die Bemerkung überhörte, sagte sie:

„Sehen wir uns unterwegs?“

Und sie streckte die Hand heraus, damit er sie küssen konnte. Er sah knabenhaft verliebt zu ihr auf und schüttelte den Kopf:

„Wir kommen nicht fort. Wir haben vergessen, den Salonwagen zu bezahlen.“

„Nieder, darf ich nicht! . . . Das ist doch eine Kleinigkeit. . .“

Tino!“

Sie winkte den Sekretär zu sich heran.

„Um wieviel handelt es sich?“

„7665 Lire und 85 Centesimi!“ Die Zahl hatte sich fest in Riquels sonst nicht sehr ausnahmsfähiges Gedächtnis eingebrannt. Der Sekretär füllte rasch einen Scheck auf die „Banca d'Italia“ aus. Er reichte ihn der Aragona, die ihn weiter an Riquel gehen ließ.

„Nichts zu danken. Au revoir, mon ami!“

Riquel knüllte den Scheck in seiner Hand, während er wieder mit der gleichgültigsten Miene der Welt sich der Gruppe auf dem roten Läufer näherte. Der Eisenbahnbeamte stand immer noch da und lächelte mit seinem Papst.

„Bitte!“ sagte Riquel und gab ihm die zerknüllte Anweisung. „Und leben Sie wohl,“ fügte er brutal hinzu. Der Eisenbahnbeamte verbeugte sich und verschwand.

Der König und die Königin von Silvanien, von ihrem Gefolge begleitet, stiegen in den Zug. Niemand berührte mit einem Wort den peinlichen Auftritt mit dem Eisenbahnbeamten. Alle wußten, wer die Abreise ermöglicht hatte. . . keiner wollte es wissen. Aber Donna Christina Jabella sagte zu Riquel:

„Sie sprachen gestern von einer jungen Künstlerin, die um eine Audienz gebeten hatte. . . erinnern Sie mich daran, wenn wir zu Hause sind.“

Dolores stand am Abstellfenster. Sie liebte Riquel, und sie fühlte, daß das Glück für sie darin bestehen würde, ihn nicht zu bekommen. Aber war das Glück das Besondere. . . ?

Ein Signal ertönte. Der Schnellzug verließ Venedig in Richtung Silvanien.

(Aus dem Deutschen übersetzt von Dietrich Vogel.)

Kurt Mayer-Roltermund: Dichter auf Reisen

Seiner Darstellung des Abenteuers bei Schaffhausen („Reise in die Schweiz“, 1797) hat Goethe die Worte vorgelegt: „Wirkommen ist der Dichter, der durch Beschreibung in eine Gegend uns verlehrt, er mag nun unsere Erinnerung wieder beleben oder unsere Phantasie aufregen: ja, wir freuen uns sogar, mit dem Buche in der Hand, eine wohlbeschriebene Gegend zu durchlaufen; unserer Bequemlichkeit wird nachgeholfen, unsere Aufmerksamkeit wird erregt und wir vollbringen unsere Reise in Begleitung eines unterhaltenden und unterrichtenden Gesellschafters.“ Poetisch trübende Reisen lehnen erst mit Goethe ein. Zunächst war es das Erhabene und „Bildromantische“ und zugleich von der Idealisation noch unberührt, das, von Rousseau zuerst bewußt verherrlicht, begeisterte Naturen anlockte.

Es begann die Zeit der Waldpoesie, in der die Vorliebe für Schauriges überwog; es folgte die Schwärmerlei für eroische Gegend, insbesondere die üppigen jungfräulichen Ansen in den fernen Weltmeeren, und endlich fanden die Wanderungen im Hochgebirge mit all ihren Abenteuern und Gefahren ihre Vorfänger. Unter diesen geradelt man eines Salomon Gehrers, Albrecht von Haller, Klopstock und anderer. In der Natur zu sehen, sich nicht an Neugierlichkeiten empfindsam zu klammern, dazu waren diese Dichter noch nicht fähig. Auch Werder noch nicht, wie das Tagebuch seiner Reise (1769) von Riga nach Poimboef an der Westküste Frankreichs beweist; es ist reich an schönen Gedanken, arm jedoch an charakteristischer Darstellung der Landschaft. Erst Goethe war es, der die Natur wirklich schaute und sie gegenständig schilderte, wenn auch anfänglich nicht ohne Sentimentalität, wie „Die Leiden des jungen Werther“ bekunden. Goethe war auch der erste deutsche Dichter, der die unvergängliche Schönheit der Schweizer Berge ohne belehrende oder rein sentimentale Nebenabsichten beschrieb. Damals wurde die Schweiz, die Goethe dreimal bereiste, Modeland, und ist es bis heute geblieben. Am meisten aber hat ihn das damalige Italien gegeben, das der Dichter mit weltweitem Blick umschaute. Ihn fesselten vor allem die Ueberreste der Antike und die Bauten und Kunstwerke der Renaissance; aber auch die Formen der Landschaft, die Eigenarten der Pflanzen- und Tierwelt, das Leben und Treiben des südländischen Volkes beobachtete er verständnisvoll. Seine Interessen vermählten Natur- und Kunst und wiesen späteren Geschlechtern den Weg.

Auch für viele nachfolgende Dichter wurde der Besuch Italiens von entscheidendem Einfluß auf ihr Schaffen: Graf August von Platen, Hermann Lingg, Paul Henje, Richard Boh und andere. Der erste deutsche Reisende, der es wagte, Kunst und Altertum aus seinen Betrachtungen auszuscheiden und nur Land und Leute sich zuzuwenden, ist Johann Gottfried Seume gewesen. Seine Betrachtungsweise hat Nachahmer gefunden, wie den sonst ganz anders geritzten Friedrich Hebbel, der sich von seinem poetischen Realismus leiten ließ. Heine, der Schöpfer der „Reise-„Feuilletons“, gab sich als reisender Dichter besonders charakteristisch. Er sah Italien mit den Augen eines Vertreters des jungen Deutschland; er machte bei der Beschreibung des Landes zugleich Propaganda für seine liberalen Ideen. Das Zeitgenössische steht in Heines Reisebildern im Vordergrund; die meisten seiner Prosaführer sind daher der Vergessenheit anheimgefallen.

Mit anderen Augen sieht sich Schaffel in Italien um; mit liebevollem Humor versenkte er sich in Sitte und Lebensgewohnheiten der Italiener. Bekanntlich hat er auf Capri seinen „Trompeter von Saffingen“ geschrieben; er gehörte übrigens schon zu jenen

Dichtern, die das Reisen mit seinen ständig wechselnden Eindrücken als Schaffensantrieb notwendig brauchten.

Eine für den Seelenforscher ungemein reizvolle Gestalt ist Nikolaus Lenau, den sein unsteiles, selbstquälerisches Temperament einem utopistischen Ziele trieb, das er im „freien“ Amerika zu erblicken glaubte. Grenzenlos enttäuscht kam der weltfremde Träumer aus dem Lande der ungeahnten Möglichkeiten, aber auch der rauhsten Wirklichkeit, nach Deutschland zurück. Die Reise hatte ihn 1832 über das Weltmeer geführt, das Heine bereits 1825, als er sich zur Kur in Nordsee aufhielt, in seinen Nordseebildern mit großer künstlerischer Meisterhaft besungen hatte. Besonders die wechselnden persönlichen Stimmungen, die der Anblick des unendlichen, unruhigen Ozeans im Menschen weckt, fanden durch Heine einen tiefen poetischen Ausdruck. — Dichtend ergebnislos war hingegen die Weltreise, die Chamisso von 1815—1818 unternommen hat. Er war auf ihr ganz Naturforscher gewesen; erst viel später entstand seine Ballade „Salos y Gomez“ als Frucht der einsigen Reise über den Ozean.

Unter den modernen Poeten häufen sich die Sängere hundert Schönheit tropischer Gegenden: Hanns Heinz Ewers, Reginilian Dauthendey, Hermann Hesse, Alfons Paquet, Armin T. Wegener gehören zu den bekanntesten. Ihre Werke haben den Gegenstandsbereich der Dichtung anregend erweitert. Sie verdanken ihren weiten Horizont der aufs höchste gesteigerten Technik des Reiseverkehrs, die nach Eroberung der Luft das Märchen vom Siebenmeilenstiefel verwirklicht.

Nasblumen

Ihrer ausgegliederten Düste wegen kann man Aristolochien und Aragoen auch Nasblumen nennen. Im engeren Sinne gilt dieser Name aber für die Stapelien, eine Familie der Seidenpflanzen oder Astlepidaceen, die in Südafrika, im Kaplande, heimisch sind. Sie haben sternförmige Blüten, die sehr groß werden können, wie bei Stapelia grandiflora. In der Blütenfärbung herrschen schmutzige, braune, trüblichgelbe oder purpurne Töne, geheckt mit grünlichgelb, vor; also wiederum Farben, wie sie Leichen oder Was eigen sind. Den blumenbeluchenden Insekten (Wespen, Fliegen, Käfern) soll auch derartige durch diese Farben vorgeführt werden, und dies gelingt zusammen mit dem entsprechenden Duft auch vorzüglich. Es kann sogar vorkommen, daß Schweißstiegen ihre Eier auf der Blume ablegen, was sie doch sonst nur an Fleisch oder Was tun. Große Fernwirkung haben diese trüben Farben für das Insektenauge wohl nicht; um so mehr muß die Anziehung dem Geruch von faulem Fleisch, faulen Fischen, faulem Tabak oder erinnert an Jauche, Kot, an sich zersetzenden Harn. Gewiß, es ist gerade keine verlockende Speisekarte, die uns hier vorgelegt wird. Aber was unleren Nasen widerlich und abstoßend erscheint, braucht noch lange nicht gleichwertige Empfindungen am Geruchsorgan der Insekten auszulösen, unter denen es eben auch ganz besonders spezialisierte Gastronomen, wie die Nasinsekten, gibt. Diese Düste entstehen bei der Verlegung einseitiger Verbindungen in der Blüte; sie enthalten als Hauptbestandteil eine unter dem Namen Indol bekannte chemische Verbindung und werden deshalb als indolide Düste bezeichnet. Schöne Stapelien-Arten werden in Gemächshäusern bei Euphorbien und Fackeln gezogen. Manche sind aber von einem derart fürchterlichen Geruch umgeben, daß man sie allenfalls noch im Freien, nicht aber im geschlossenen Raume halten kann.

Achtung, Kreisleiter!

Wir bitten, dem Bezirkssekretariat, Bureau Fischer, umgehend die Lokale für die am Mittwoch, dem 10. Juli, stattfindenden Kreismitgliederversammlungen mitzuteilen.
 Der Bezirksvorstand.

- 2. Kreis Tiergarten, Donnerstag, 4. Juli, 20 Uhr, bei Richter, Dullig-Str. 10, wichtige Sitzung der Geschäftsleitung mit den 1. Abteilungsleitern und den Abteilungsleiterinnen.
- 14. Kreis Neukölln, Erweiterung Kreisvorstandssitzung in offener Zusammenkunft am Donnerstag, 4. Juli, 19½ Uhr, an bekannter Stelle.
- 24. Abt. Die Gruppenleiter werden ersucht, sofort neues Markenmaterial von Hagrodoff abzuholen.
- 106. Abt. Wittenau, heute, Mittwoch, 3. Juli, 20 Uhr, bei Ruff, Dramenburger Straße, Vorstandssitzung.

Morgen, Donnerstag, 4. Juli.

- 23. Abt. 20 Uhr bei Eick, Brunnstr. 8, Funktionärsitzung.
- 24. Abt. 19½ Uhr bei Ruff, Dillig-Str. 10, Funktionärsitzung.
- 114. Abt. Eichenberg, 19½ Uhr bei Schwarzer, Gabriel-Str. 17, Vorstand- und Funktionärsitzung.

Freitag, 5. Juli.

- 3. Abt. 19½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Soal 3, wichtige Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.
- 65. Abt. Tempelhof, 20 Uhr bei Pommerening, Berliner Str. 100, Funktionärsitzung.
- 106. Abt. Rügenid., 19½ Uhr bei Schepf, Schönerlinde Str. 3, Funktionärsitzung.
- 115. Abt. Eichenberg, 19½ Uhr bei Senz, Magdalenastraße, Funktionärsitzung. Wichtiges Tagesprogramm.
- 226. Abt. Mahlsdorf, 20 Uhr bei Anders, Fehndorfer Str., Funktionärsitzung.

Frauenveranstaltungen.

- 2. Kreis Tiergarten, Die Dampfbrötchen am Dienstag, 9. Juli, geht nicht nach Welterdahl, sondern nach Hildersdorf, Kallberg, Restaurant „Gild auf“. Abfahrt pünktlich 8 Uhr Hildersdorf, Rückf. 13. Der Dampfbrötchenfahrer wird einmal an. Karten sind zum Preise von 1 M. (Kinder die Hälfte) bei den Abteilungsleiterinnen und der Kreisleiterin zu haben.
- 12. Kreis Tempelhof, Die Genossinnen treffen sich am Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr, in Tempelhof, Mantelstraße, im Bierwäldchen, zum Konsum-Kaffeeabend.
- 24. Abt. Achtung, Genossinnen! Unter Ausruf nach der Blumenfeier findet der Ferienwettbewerb am 4. Juli, sondern am Donnerstag, 11. Juli, statt. Treffpunkt 14 Uhr am Neuen Rathaus, Kochbühler treffen sich in Nitzschow.

Arbeiterwohlfahrt.

- 2. Kreis Wilmersdorf, Am Freitag, 5. Juli, 19½ Uhr, im Seidengrund Schönerlinde, 1. V. St. Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Helfer und Kommilitonensmitglieder. Tagesordnung: 1. Referat der Genossin Rausch über „Ausbildung“ unter Berücksichtigung der Lösung in Frankfurt a. M. 2. Aussprache. 3. Vorträge über die Sommerarbeit. 4. Beschlüsse.

Jungsozialisten.

- Gruppe Neukölln, heute, Mittwoch, hält unsere Veranstaltung aus nächster Zusammenkunft erst nach dem Wiener Jugendtag. — Gruppe Baumhüttenweg, heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Heim Gendler, 16, jugendpolitische Fragen. — Gruppe Eichen, Da wegen organisatorischer Frage der Seilere Abend ausfallen ist, findet er am Donnerstag, 4. Juli, 19½ Uhr, im Jugendheim Pörsch, 11 statt. Gäste sind stets willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Jolliges Kammer. Wir erinnern nochmals an die im Sonntag-„Kammer“ bekanntgegebene Zusammenkunft aller Jollifreunde heute, Mittwoch, 3. Juli, 17½ Uhr, im Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 166. (N. Bahnhof Mahlsdorf-Neukölln). — Um 19½ Uhr findet am gleichen Orte eine Jollifreundeversammlung statt, in der die letzten wichtigen Beschlüsse der Jollifreunde diskutiert werden.

Gruppe Friedrichshagen. Freitag, 3. Juli, 15 Uhr, Treffpunkt Tunnel, bei unangenehmem Wetter gehen wir ins Heim.
Gruppe Zandberger Weg. Heute, Mittwoch, 3. Juli, Spielen auf dem Sportplatz im Friedrichshagen, 15-20 Uhr. Treffen der Gruppe 17½ Uhr Zandberger Weg. — Achtung Eltern! Während der Ferien hat die Gruppe folgende Veranstaltungen. Jeden Montag 15-20 Uhr im Jugendheim Diefelmannstr. Jeden Mittwoch 15-20 Uhr Spielen auf dem Sportplatz im Friedrichshagen. Die Filmabende Dienstags und die Kaffeeabende Freitags fallen während der Ferien aus. — Am 11. August, dem Geburtstag der Republik, kommen etwa 150 000 Reichsbannerkameraden nach Berlin. Wer von den Eltern in der Lage ist, vom 10. bis 11. August einen Reichsbannermann im Quartier zu nehmen, werde sich.

Funkwinkel.

„Die Tragödie der sechs Matrosen von US 4.“ An diesem Abend hatte der Berliner Sender seinen Barientausch verloren. Endlich einmal diente diese modernste Erfindung der Technik wirklich ihrer Gegenwart. Zeiterslebnis zitterte durch den Raum. Es gehört mit dazu, die Wahrheit zu hören. Mancher brave Spießbürger mag sich vor ihr die Ohren verstopfen und den sanften Klitz so mancher anderer Radioabende herbeigewünscht haben. Sein Heldentum stirbt mit edlem Pathos im Kriegsdienst. „Kein schöner Tod ist auf der Welt“. Das Sterben der sechs Matrosen im Unterseeboot paßt nicht in diese Vorstellung: hier ringen sechs Menschen verzweifelt mit dem Tode, in furchtbarem Kampf gegen den Wahnsinn ihres Sterbens. 35 Meter über ihnen warten die Welt, der Sommer, die Liebe, Kriegswahnsinn und Gemohnheit hat sie auf das Unterseeboot getrieben. Die ganze Sinnlosigkeit ihres Kriegsdienstes aber geht ihnen im Sterben auf, in das durch Radio wie graufiger Ignoranz von der Oberwelt die Kunde dringt, daß gerade jetzt das neue Flottenbauprogramm bewilligt wurde. Die Aufführung war von stürzender Eindringlichkeit, die Sprecher schienen im Innersten mit ihren Rollen ver wachsen. In lächelnder Knappheit rollte sich das Drama ab. Die Regie war meisterhaft. Kein überflüssiges Beiwerk, kein falscher Ton minderten die Wucht der Tragödie. Vortrag am Nachmittag: „Hilfe! Ertrinkungsgefahr!“ Erich Marx zum Arbeiter-Wasserrettungsdienst wies eindringlich auf die Gefahren hin, die das Wasser dem des Schwimmens Unkundigen bietet. Wer nicht als Schwimmer wirklich sicher ist, sollte deshalb auch kein Boot besteigen. Der Vortragende forderte mit Recht, die Ausbildung im Schwimmen als Pflichtfach im Schulunterricht einzuführen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. Abt. Unser Lieber, verehrter Genosse Hermann Hoffmann, Eppendorfer Straße 25, ist infolge Herzschlages im Alter von 56 Jahren plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung am Donnerstag, 4. Juli, 15½ Uhr, im Krematorium Gröblichstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin
 Einblendungen für diese Rubrik nur an den Jugendsekretariat
 Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Achtung, Kassierer! Heute Ausgabe des Juli-Jugend „Kamerad“ und der Arbeiter-Jugend „Kamerad“ am 17. und 19. Uhr. Abrechnung der Beitragsmarken, Bezirksvorstandssitzung heute, pünktlich 19½ Uhr, im Heim Lindenstr. 4.
heute, 19½ Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:
 Westpark: Schule Gildeslohstr. 13. — Westen 1: Heim Wilmersd. 23. — Wedding: Heim Zurrer Edz Gendler. — Petersburger Viertel: Heim Tischer Str. 4. — Reichenberger Viertel: Heim Richter Str. 50. — Charlottenburg-Nord: Heim Eberhardstr. — Spandau: Heim Lindenauer 1. — Tempelhof: Heim Germaniastr. 4-6 (anschließend Punter Abend). — Hakenberg: Gendler Gartenstraße. — Friedrichshagen: Heim Friedrichstr. 27. — Friedrichshagen: Heim Al-Friedrichstraße 45. — Eichenberg-Mitte: Heim Schrammstr. 29. Erscheinen aller Mitglieder ist wegen Kräfteverlust Pflicht. — Neu-Eichenberg: Heim Haußstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebahnstr. 37/38, Hof 2 Tz.
**Wittmoos, 3. Juli, Tiergarten, Rom, Stephan, 20 Uhr Kamerad-Abteilungsversammlung bei Schellinger, Eberhard Str. 3. Vortrag Rom, Oberl. Krennberg, Aug 2 bei Krenn, Blauer Str. 75. Aug 8 bei Adam, Eberhard Str. 20. Vortrag, Schellinger-Friedman, Rom, Friedenau, 20½ Uhr Versammlung bei Paul, Richter 3. — Donnerstag, 4. Juli, Krennberg (Tischwein), Handballspiel ab 17 Uhr Training in Wuhlheide, 2. Mannschaften (Teil von 19-20 Uhr gegen Reinickendorf 2. Wittenau (Kameradabteilung), 20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Albert Schulz, Wittenau, Hauptstraße 26. Vorstandswahl, Einquartierung, Verschiedenes, Erscheinen Pflicht. — Freitag, 5. Juli, Tiergarten, Rom, Wilmersd., 20 Uhr Versammlung bei Schmidt, Wilmersd., 17. Fernsprecher Berg, 19½ Uhr Antreten Bahnhof Gendlerbrunn, Mitgliederversammlung in Reinickendorf, Krennberg, Versammlungen am 20. Uhr: Aug 1 bei Eberhard, Wuhlheide-Kreis-Str. 8, Aug 6 bei Eberhard, Diefelmannstr. 24, Neukölln-Str. 2, Kameradabteilung, Gruppe Rudow, 20 Uhr Versammlung bei Richter, Rudow, Eberhard, 21. Regie Beteiligung der 2. Kameradabteilung, Reinickendorf (Tischwein), 19½ Uhr Antreten Schwaben-Edz Gendlerstr. zum Lunch im Reinickendorf, Pflanzgartenhalle. Die arbeitstäglichen Kameraden sammeln sich um 17 Uhr am Neuen Stockhölzchen, Müllerstraße, zur Grundsteinlegung des Reichs-Eberhards. Die Reichsleiter-Versammlung der Kameradabteilung Reinickendorf-Eh fällt aus. Kameradabteilung Wilmersd., Abfahrt: 19:00 Uhr ab Bahnhof Hermannstr. Reichsleiterabteilung: 20 Uhr Schwimmen, Festschmaus Lenin, Wilmersd., 1. — Eichenberg, Achtung! Die Funktionärsversammlung am Donnerstag, 4. Juli findet nicht statt. Heute Termin wird nach Befragung gegeben.
Deutscher Arbeiter-Musikanten-Bund, Ortsgruppe Nocht (vorm. Hans Döllner-Klub Stern), Arbeitsabende jeden Donnerstag von 20-23 Uhr, Kr. Minutensänger, Bremer Straße, Gänge (Blattspieler) willkommen. Sonntag, 7. Juli, Pommerscher nach Geschäftstag. Abfahrt pünktlich 7 Uhr Neukölln-Edz, Fahrpreis 1,20 M. (Kinder 50 Pf.). Besondere Beteiligung erwartet bei Vorhand.
Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegesbeschädigten und Kriegesinteressierten. Dren 3. Mittwoch, 3. Juli, 20 Uhr, Eberhardstr. Edz Gendlerstr. 25, Vortrag: „Die Hellmunder der Eberhardstr.“
„English Conversational Club founded 1876.“ Meetings every Friday p. 8 m. Café Josty, Potsdamer Platz. Lecturer: Mr. Fuchs on: „Japan“. Guests, Ladies & Gentlemen, are welcome.**

Damen-Strümpfe oder **Herren-Strümpfe** gute Qualitäten **90 Pf.**

Damen-Strümpfe Fil de Peru oder künstliche Seide plattiert **195 Pf.**

HÖCHSTLEISTUNGEN IN PREISEN UND QUALITÄT!

EINE SENSATION BERLIN SIND UNSERE BEKLEIDUNGSTAGE VOM 28.6. - 15.7.

Damen-Sandaletten gute strapazierfähige Ausführung **525 Pf.**

Braune Vorkalf-Herren-Halbschuhe moderne Form und gute Verarbeitung **1050 Pf.**

Andreasstr. Belle-Alliancestr. Frankfurter Allee, Leipziger Str. Alexanderplatz, Wilmersdorfer Str. Kantufer Damm, Brunnenstr.

Damen-Kleider

- Jumper aus fein gestreifter Kunstseide, mit Gürtel, frisch verarbeitet... Stück **490**
- Westen Armellos, aus Tricolette, mit Gürtel u. Taschen, gute Passform, Stück **590**
- Bulgaren-Blusen Handarb., Vorderteil u. Ärmel reich bestickt, St. **890**
- Kittel und Kleidchen aus weissem n. farbigem Rip, für ca. 1-4 Jahre, St. **190**
- Washkleider für Mädchen verschied. Ausführungen, für ca. 5-12 J., Stück **375**
- Backfisch-Mäntel imprägniert, hübsche Karomuster,.... Stück **790**
- Voile-KleiderStück **275**
- Vollvoile-KleiderStück **375**
- Tricolette-KleiderStück **550**
- Frauen-Kleider aus Foulard, vorrätig bis Größe 58, St. **975**
- Kleider...Tricot charmeuse Stück **1175**
- Vollvoile-Bordüren.....Meter **95 Pf.**
- Washseide Kunstseide mit Baumwolle, doppeltbreit, aparte Muster, Mtr. **135**
- Wollmusseline in neuen DruckmusternMeter **145**
- Wollgeorgette ca. 130 cm breit, der moderne Kleidstoff, Modelfarben.....Meter **390**
- Crêpe de Chine reine Seide, ca. 90 cm breitMeter **325**
- Crêpe de Chine neue DruckmusterMeter **490**

Ausserdem: Billige Lebensmittel

- Grüne Bohnen **55 Pf.** (2 Pfund)
- Speckwurst **72 Pf.** (Pfund)
- Neue holländische Kartoffeln **38 Pf.** (5 Pfund)
- Hammel-Vorderfleisch gefroren..... Pfund von **86 Pf.** an
- Zander frisch Pfund **45 Pf.**
- Schweinebauch frisch.....Pfund **108 Pf.**
- Blaubeeren **42 Pf.** (Pfund)
- Münster Käse vollfett.....Pfund **95 Pf.**

HERMANN TIETZ